

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Z. v. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kästlestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgeschäftige Koloniezeit:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinscrite finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von  
**570 000**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

## Aus der südwestdeutschen Großeisenindustrie.

### III.

Von den Arbeitverhältnissen in den lothringisch-luxemburgischen Großeisenwerken werden sich die Kollegen im rechtsrheinischen Deutschland kaum eine annähernd zutreffende Vorstellung machen können. Wer eine internationale Industriearbeiterfamilie lennen will, der kommt in das Minettegebiet und er wird ausrufen: So was kann es doch nur noch im amerikanischen Wildwest geben! Nur auf wenigen Werken, vorzüglich auf den De Wendelschen, wird die Arbeitermechtheit aus einheimischen Elementen bestehen. Bei De Wendel sind es meistens französische Sprechende, welche überwiegend französische Charakter tragen. Weil die Firma außer in Hayingen und Großmoehre gleich auf der gegenüberliegenden Grenze bei Montaburg ausgedehnte Werkshallen besitzt, muss mindestens ihre Hauptfamilie auch die französische Sprache beherrschen; meistens sind es Franzosen. Als Geschäftssprache ist in diesen Grenzdistanzen auch deshalb das Französische bevorzugt, weil es die vielen hier schaffenden italienischen Arbeiter als ihrer Muttersprache vertraut besser verstehen und leichter lernen als die „svere deutsche Sprat“. Beachte man nun, daß neben den nach vielen tausenden zahlenden Städten und den ebenso vielen hauptsächlich oder nur französisch sprechenden Arbeitern noch belgische Wallonen, Flamen, halbfranzösische Luxemburger, Polen, Slowaken, Herzogowiner, Welschtröder, Eschen, Russen und sogar Spanier im Minettegebiet beschäftigt werden, dann kann man sich denken, welche ungeheure Schwierigkeiten sich einem gewerkschaftlichen Agitator entgegenstellen, zumal wenn er nur das Deutsche als Muttersprache beherrscht.

Das Menschenwohl ist unabsehbarlich. Die friedfertigsten Elemente sind hier nur gerade nicht zusammengetroffen. Das lebt schon ein kurzes Studium der Volkspresse, die fast alle Tage von nicht selten blutigen Zusammenstößen in „Wildwest“ berichten kann. Ein Gang von St. Marie auf Chenes über Homecourt nach Montaburg verschafft uns den Anblick von — sagen wir mal „plittorealen“ — Szenen aus dem Leben einer bodenfremden Arbeiterdörfchen, wie es uns durch die Schilderungen aus dem älteren kalifornischen Goldgräberleben vertraut geworden ist. Die Nähe der Grauzone sorgt dafür, daß die Schußläden an blutigen Ereignissen, deren Veranlassung durchweg der Altkoholmissbrauch und das in den unzähligen Cafés aufzuwendende „schändliche Geschlecht“ sind, sich schnell der strafenden Justiz entziehen können. Nur kurze Wegstrecken und der Flüchtling befindet sich in einem andern Staatsgebiet. Der unerhörte starke Donitzwechsel der Arbeiterschaft im Minettegebiet ist aber auch eine wesentliche Ursache der geringen Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung. Keum glaubt man an einem Orte einen kleinen Stamm Gewerkschaftslogen gewonnen zu haben, da kommt die Nachricht, daß fast die ganze Gesellschaft weitergewandert ist. Der fast sprunghafte Ausschwung der Industrie kommt eben auch in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft zum Ausdruck.

Im Bericht der elsass-lothringischen Fabrikinspektoren für 1911 werden 19 017 Arbeiter in den Walz- und Hammerwerken und sonstigen Anlagen der Großeisenindustrie nachgewiesen. Von dieser Masse entfallen 18 605 allein auf Lothringen. In L'Information (Nr. 139) gibt Auguste Podovasky die Hochofen- und Stahlwerksarbeiter in Luxemburg für 1911 auf 8759 an, wozu noch einige Hundert Gießereiarbeiter kommen. Mindestens 10 000 Arbeiter werden in den Großeisenwerken des Départements Meurthe et Moselle beschäftigt sein, so daß, wenn man die mittlerweile eingetretene weitere Arbeitservermehrung in Betracht zieht, im ganzen Minettegebiet jetzt zwischen 38 000 bis 40 000 Großeisenarbeiter täglich sein müssen. Unter dieser Masse sind erst schwärzliche Ansätze der gewerkschaftlichen Organisation vorhanden. Diese Masse ist noch ein zusammenhängendes Ausbeutungsobjekt des internationalen Kapitalismus.

Die eingeborene Bevölkerung hat nur den kleineren Teil an der enorm angewachsenen Hüttenarbeiterfamilie gestellt, die meistens aus bekannten deutschsprechenden Kollegen sind aus Altdorf zugewandert. Das statistische Landeskonsistorium macht folgende Angaben über die Vermehrung der Arbeiterschaft: Es wurden beschäftigt in den elsass-lothringischen

Schmelzwirken	Gieß-, Walz- und Hammerwerken
1910 . . . . .	6507
1892 . . . . .	1700
1872 . . . . .	1208
	1872 . . . . .
	14699
	8835
	7872

Auch daraus geht der rapide Ausschwung der rechtsrheinischen Hüttenindustrie in den beiden letzten Jahrzehnten hervor. Betrachtet man ferner die Standorte der weiteren Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie, so macht man die Beobachtung, daß sich die Fertigfabrikation hauptsächlich noch im Elsaß vollzieht. Von den Arbeiten in der Metallverarbeitung entstehen 1911 auf Oberelsäß 871, Unterelsäß 3553 und Lothringen 1597. Von den Maschinenbauarbeitern, Apparaten und Instrumentenmachern kamen 6832 auf Oberelsäß, 4450 auf Unterelsäß und 2817 auf Lothringen. Das erklärt auch den ungleich besseren Stand unseres Verbandes im Elsaß im Vergleich zu Lothringen. Hier arbeiten zwar weitauß die größten Massen unserer Berufsgenossen, aber wir haben ja ihren geistigen

Zustand gekennzeichnet, wobei außerdem noch die Arbeitsmethoden in Betracht zu ziehen sind.

Eine von dem lothringischen Fabrikinspektor aufgemachte Statistik über die Arbeitsschichten in den Eisenwerken umfaßt 19 008 durchschnittlich Beschäftigte. Daraus hatten eine regelmäßige Schicht von: 10 Stunden 268 Arbeiter — 1,4 Prozent, 11 Stunden 2987 Arbeiter — 15,7 Prozent, 12 Stunden 15 647 Arbeiter — 82,3 Prozent, 12½ Stunden 106 Arbeiter — 0,54 Prozent. Die vorherrschende Arbeitsschicht ist also die zwölfstündige, und zwar wird sie durchweg von den Arbeitern in den Feuerbetrieben geleistet. Jedoch ist es damit nicht abgetan. Von dem Gewerberat wurde 1911 festgestellt, daß von 5486 — 28,5 Prozent noch zusammen 1 189 251 Ueberstunden gemacht worden sind! 52 Prozent der Hochofenarbeiter, die ohnehin eine Zwölfstundenschicht haben, machen noch Ueberstunden! Von den 7935 Hochofenarbeitern arbeiteten noch 2176, von den 8149 Walzwerkarbeitern noch 2235 in Ueberstunden! Gegen das Vorjahr ist die Ueberstundenzahl um 275 754 gestiegen, als ob es mit der zwölfstündigen Quotient noch nicht genug sei. Viele Ueberstunden nicht zur Kenntnis der Kontrollbehörde gelommen sind, kann man sich bei den Werkverhältnissen leicht denken. Ist doch die Zahl der Werkspiele viel zu gering, um dem Inspektor eine genaue Kenntnis der Betriebsvorgänge zu verürgen. Ob die Zwölfstundenschichten stets als Ueberzeitarbeit anzusehen werden, ist auch noch die Frage. Bemerkt doch der Gewerbeinspektor, daß einige Werkleistungen die sogenannten Stoß- oder Abbremsarbeiten und die Arbeiten beim Beschicken der Martinöfen in der Nacht vom Sonntag zum Montag nicht in die Ustunden eingetragen hatten, weil diese Ueberzeitarbeit als Bestandteil der regelmäßigen Arbeitsschicht betrachtet wurde! Dass Ueberarbeit durchaus nicht absolut nötig ist, beweist das Beispiel eines Werkes mit 1120 Arbeitern, wo Ueberstunden überhaupt nicht vorkamen. Es kann also die Ueberarbeit abgeschafft werden, ohne den Warksbetrieb zu stören!

Über die Lohnfestsetzung und die Lohnsätze weist der Gewerberat anscheinend der Oeffentlichkeit nichts bestimmtes zu erzählen. Er könnte sich informieren lassen, daß die Aktiobsdhne und die Zeitsätze ganz nach Willkür von den Werkleitern bemessen werden. Tarifverträge existieren natürlich nicht, der wie gesagt fast völlig unorganisierten Arbeiterschaft sind solche Verträge vielleicht nicht einmal dem Namen nach bekannt. Differenzen wegen Nichtauszahlung des erwarteten Lohnes sind häufig, aber in der Regel entscheidet ein schroffes Machtwort des Betriebsleiters, natürlich zuungunsten des Beschwerdeführers. Wer sich das nicht gefallen lassen will, mag gehen, und so erklärt sich auch der kolossale Arbeiterwechsel. Das Betriebsystem ist eben ein rein absolutistisches, auf die Empfindungen der Arbeiter wird am wenigsten Rücksicht genommen, wenn die Geschäftslage flau ist und überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Bemerkung des Gewerbeinspektors, die Löhne einiger Arbeiterschichten (darunter auch die der Großeisenindustrie) hätten „mit den zeitigen Lebensmittelpreisen durchschnittlich Schritt gehalten“, dürfte entschieden Widerprüch erfähren, wenn der Herr sie in einer nicht von Werksleitungen zusammengeführten Arbeiterversammlung vortragen wollte. Tatsächlich herrscht im Minettegebiet eine enorme Lebensmittelsteuerung! Zurzeit stehen dort die Fleischpreise sehr hoch und steigen noch. Brot und vor allem Gebrüder ist ebenfalls sehr im Verkaufspreise gestiegen. Es ist auch von allgemeinem Interesse, hier zu konstatieren, daß im unmittelbaren französischen Grenzgebiet, und zwar auch infolge der dichten industriellen Besiedlung, die Lebenshaltung nicht mehr nennenswert billiger ist als in Deutsch-Lothringen, aber das Fleisch ist drüber immer noch um 25 % pro Pfund billiger! Inselgesessen holen sich zahlreiche deutsche Hausfreunde über die Grenze, zum Beispiel aus Ueboué, das (zollfreie) Quantum von 4 Pfund Fleisch, bei welchem Einkauf sie im Vergleich zu dem deutschen Fleischpreis jedesmal eine Mark profitieren! Hier wird der „Segen“ der deutschen Zollpolitik recht offenbar.

Die Unfallzahl in der lothringischen Großeisenindustrie ist — wie könnte es anders sein bei solchen Betriebsmethoden! — so hoch, daß der Gewerbeinspektor wiederholt darauf verwiesen hat. In seinem letzten Bericht konstatiert er wieder: „Die größte Unfallzahl besteht, wie auch in den Vorjahren, die Hütten- und Walzwerksindustrie auf!“ Hier ereigneten sich letzjährig 3101 Unfälle; auf je 1000 Arbeiter 166, davon 6,14 schwere und 1,28 tödliche. Der Aufsichtsbeamte bemerkt hierzu: „Zur Erklärung dieser, im Gegensatz zu den anderen Industrien sehr hohen (Unfall-) Zahlen in der Eisen- und Stahlindustrie muß darauf verwiesen werden, daß die vielen in Lothringen neu entstandenen oder erweiterten Großbetriebe, durch die Einführung ganz neuer Betriebsmethoden mit bis dahin ganz unbekannten Gefahren (Großgasmaschinenbetrieb u. s. w.), durch die Notwendigkeit, eine ganz unverhältnismäßig große Zahl ungeübter, auch fremdsprachiger Arbeitskräfte heranzuziehen und durch den häufigen Arbeiterwechsel eine ganz wesentlich höhere Unfallgefahr bedingt wurde, wie sie bei anderen Unternehmen des Bezirkes nicht besteht.“

So, also das ist die Erklärung dafür? Aber hat denn die Aufsichtsbehörde nicht die Pflicht, vorzugeben, indem sie die Heranziehung ungeübter Arbeiter zu so gefährlicher Tätigkeit untersagt? Oder ist es die Haftpflicht, daß der Betriebsinhaber Arbeiter bekommt, ganz gleich woher und mit welcher beruflichen Vorbildung? Mit der Bemerkung über die „ganz unerlaubten Gefahren“ der „ganz neuen Betriebsmethoden“ sollte der Herr Gewerbeinspektor uns wirklich versetzen. Diese „ganz neuen Betriebsmethoden“ (Großgasmaschinen u. s. w.) sind in anderen Großeisenindustriebezirken schon früher ausprobiert, worüber in den technischen Zeitschriften das

weitere nachzulesen ist. Diese Erfahrungen hat doch die Aufsichtsbehörde zu beachten und streng darauf zu sehen, daß die „ganz neuen Betriebsmethoden“ nicht abermals an den Gleisern und Knochen ungelernter Arbeiter ausgeprobirt werden. Was den starken Arbeiterwechsel anlangt, so trägt er gewiß zu der Unfallvermehrung bei. Schon deswegen muß für ein praktisches Mittel bestimmt werden, um die Arbeitsschicht der Arbeiter bei der Normierung ihrer Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen gesorgt werden, damit nicht die Willkür der Betriebsleitung den Arbeitern den Verbleib an beruhigen vertrauten Arbeitsschichten verleiht! Die Schärmacherie gegen die Arbeitergewerkschaft sollte von den gewerblichen Aufsichtsbeamten im Interesse einer die Betriebsicherheit hebenden, die Menschenwürde auch des Hüttenarbeiterleiters hochachtenden Arbeitsvertragsschrein zurückgewiesen werden. Das wäre vorwegende Arbeit in der Richtung auf die Unfallverminderung. Aber wieviel staatliche Aufsichtsbeamte slohen leider nicht mit in das Schärmacherhorn?

In Verbindung mit dieser Erörterung gewinnt eine andere Neuhebung des Lothringen Gewerbebeamten an allgemeinem Interesse. Er teilt mit, „aufsässenderweise“ sei in der Gruppe „Eisenhütten“ eine kleine Anzahl der Arbeiterschaft zu verzögern, die auf fortgesetzte Verbesserung maschineller Art“, wodurch „die Handarbeit immer mehr ausgeschaltet wird“, zurückzuführen wäre. Allerdings, diese für die Arbeiter durchaus nicht gleichgültige Entwicklung geht vor sich. Beispiele sind zur Bedienung der sechs riesigen Hochofen auf dem Thyssenwerk in Hagendorf nur noch etwa 48 Arbeiter, also acht für einen Hochofen, erforderlich. Es ist noch gar nicht lange her, da mußten es 12 bis 14 sein! Der „eiserne Kollege“ verdrängt den Menschen und die Produktivität der Anlagen steigt gewaltig. Der maschinelle Betrieb an den Hochofen, in den Gießereien, Walz- und Hammerwerken stellt aber auch erhöhte Anforderungen an die verbleibenden Arbeiter, greift ihr Nervensystem außerordentlich an. Man stellt sich nur als Zuschauer in den tosenden Räum eines modernen Betriebs mit seinen manigfältigen Gefahrenquellen, und man wird verstehen, warum die Unfälle und Erkrankungen so enorm sind. Gerade in Anbetracht der nun auch von dem lothringischen Fabrikinspektor gemachten Beobachtungen ist keine Zeit mehr zu verlieren, sondern mit verstärkter Energie muß für die gesetzliche Verkürzung der Hüttenarbeitersticht geworkt werden.

## Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenfürsorge.

Das wichtige Arbeitslosenproblem steht sozusagen permanent auf der Tagesordnung der allgemeinen Oeffentlichkeit, es wird untersucht und diskutiert, in staatlichen wie kommunalen Parlamenten, auf nationalen und internationalen Kongressen; aber es wird verdammt wenig oder gar nichts getan, es seiner praktischen Lösung entgegenzuführen. Bekanntlich ist vor zwei Jahren sogar eine internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegründet worden, die fürtlich in Zürich einen Kongreß abhielt und da allerhand akademische Beschlüsse über Enqueten und Studien faßte. Die bürgerlichen Herren, die sich da zusammenfanden, machen nicht selten den Eindruck, daß es sich für sie um einen sozialen Sport oder eine Gelegenheit handelt, auch einmal öffentlich aufzutreten und genannt zu werden. Wenn man gar damit anfängt, erst darüber sich zu unterhalten, was denn eigentlich Arbeitslosigkeit ist, dann erinnert man sich des heiteren Orléans Schillers:

Jahrelang schon bediene ich mich meiner Rose zum Riechen.

Habe ich aber an sie auch ein erweisliches Recht?

Mit solchen theoretischen Haarspaltereien vergeuden die Arbeiter nicht ihre kostbare Zeit; sie wissen ohne „tieffinnige“ wissenschaftliche Untersuchungen, was Arbeitslosigkeit ist und sie wissen auch, daß den hungernden Arbeitslosen nicht „mit Wortgespinnt und abgesetzten Rebäumen“, um mit Heinrich Heine zu reden, geholfen ist, sondern daß nur „Suppenlogi mit Knödelgründeln, Kindernbraten mit Göttinger Wurstsalaten“ im hungrigen Magen Eingang finden. Freilich auch weniger delikate Leckerbissen, ist doch der Arbeitslose froh, wenn er mit Kaffee und Brot, Hering und Kartoffeln oder mit einem minderwertigen Stück Brot seinen Hunger stillen kann. Nur die Arbeiter, die nicht viele Worte machen, sondern positive Arbeit leisten und Taten vollbringen, die ihren hungrigen Kameraden nicht Steine statt Brot geben wollen, sind schon vor Jahrzehnten zur Einführung der gewerkschaftlichen Reise- und Arbeitslosenunterstützung übergegangen und haben dafür leider viele Millionen Mark ausgegeben, im Jahre 1911 allein fast 7½ Millionen. Damit haben die Gewerkschaften viel Arbeitslosenelend gemildert, manche verhängnisvolle Entgleisung verhindert und der ganzen Gesellschaft unschätzbare moralische Dienste geleistet, für die sie von dieser freilich keine Anerkennung, im Gegenteil nur Verfolgungen aller Art, namentlich in Form der Rückenstrafe, erntet.

Die große moralische Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung für die ganze Gesellschaft hat recht zutreffend der Würzburger Universitätsprofessor Dr. Schana mit der Schilderung der moralischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die davon betroffenen Proletarier dargestellt. Er sagt darüber sehr zutreffend:

Die Mehrzahl der Menschen wird durch den regulären Gang der Beschäftigung und des Einkommens auf dem Wege des Guten gehalten; sie braucht, sobald dieser Gang unterbrochen wird und die Not an die Tür pocht. Die besten Charaktere erwiesen sich sowohl gegenüber dieser Gewalt. Auf viele wird es schon sehr abhängend, wenn sie infolge längerer Arbeitslosigkeit almosengestört werden. Selbstgefühl und Scham erleiden nicht selten Einbuße. Die

unverheirateten Arbeitslosen geraten leicht ins Wanken, gewöhnen sich ans Nichtstun und Betteln, kommen in den Meldern herunter, verfallen dem Alkoholgenuss und der Unreinlichkeit und sinken so allmählich in die Massen der Stromer und vagabundieren, um nicht selten als Verbrecher zu enden. Die unverheirateten weiblichen Arbeitslosen sind der Ausbeutung der Vermittlungsbüros und der Prostitution ausgesetzt. Auch die verheirateten Arbeitslosen und mit ihnen ihre Familien verkommen. Der Mann, der wochenlang nichts zu tun hat, wird zum Mülligänger und Wirtschaftsbesucher. Oft ist es in solcher Lage nur noch die Frau, welche die Familie und damit den Mann durch ihre Arbeit erhält, und auch das nicht leicht beinahe stets aus dem Mann. Reicht das von der Frau Verdiente nicht aus, sind die ebenfalls vorhandenen kleinen Ersparnisse verbraucht, dann kommen Schulden für die nötigsten Bedürfnisse des Lebens und Kleidungsstücke und schließlich, wenn der Kredit erschöpft ist, die bitterste Not. Zur Arbeitslosigkeit gefestigt sich bald die Wohnunglosigkeit, und wenn die Familie einmal auf der Gasse ist, dann ist der vollständige Verlust derselben kaum mehr zu verhindern. Man darf sich nicht wundern, wenn dann den Verantworten der Mut stirbt, wenn sie ganzlich gehen lassen und wenn sie auf der obdachlosen Wohlwollenden Verlebensdauer der Gemeinde zur Last fallen. Nicht selten endet aber, ehe es so weit kommt, die durch die Arbeitslosigkeit und Not zur Vergewaltigung gebrachte Familie unter erschütternden Egenen in gemeinsamem Tod. Der Arbeitslose wird auf dem Vertrauen auf die Fürsorgefähigkeit und Gerechtigkeit der bestehenden Ordnung und ihrer Vertreter. Die große Zahl der aus ihnen hervorgehenden Pellofferten und Arbeitslosen wird eine öffentliche Schande. Die Schar der Arbeitslosen macht auch die in Arbeit befindlichen unzufrieden, da sie deren Existenz bedrohen, indem sie durch ihr ungestümtes Verlangen nach Arbeit den Lohn drücken, meist die Krankenkassen belästigen und die Arbeiter in der allgemeinen Achtung heruntersetzen. Schon das Umshauen nach Arbeit an immer neuen Stellen, die sich wiederholende, oft schroffe Abweisung wirkt verlebend und erbitternd." —

Es ist eine bürgerliche Fehl-, die so natürlich die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit für die Arbeiterschaft schildert und nicht die eines hegenden sozialdemokratischen Agitators, über den die herrschenden Klassen mit "geblümter Nachsicht" zur Tagesordnung übergehen und das Arbeitslosenelend und Arbeitslosenproblem sein lassen, was und wo sie wollen. Aber dennoch hat der angesehene Würzburger Professor auch nicht viel mehr Erfolg gehabt, wie der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenfürsorge in Deutschland beweist. Die vor Jahresfrist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Behörden des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden eingereichte Denkschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde informiert über die positiven Leistungen der Gewerkschaften wie verschiedenen freier Staaten auf diesem Sektor, aber auch über die völklige Ergebnislosigkeit aller bezüglichen Schritte in Deutschland, sowohl Reich und Einzelstaaten in Betracht kommen. In Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg, Hessen und Preußen beschäftigten sich die Landtage und die Regierungen mit dem Arbeitslosenproblem, aber alle ihre Aktionen gingen aus wie das Hornberger Schießen und die initiativen, tatkräftigen Bemühungen der sozialdemokratischen parlamentarischen Fraktionen blieben ohne den wünschenswerten Erfolg. Die gleichen Leute, die so viel von den Streikbrechen als "Arbeitswilligen" reden, lassen die sozialdemokratische Arbeitswilligkeit in den Parlamenten schmälig im Stiche und verhindern sie daran, positive Arbeit zu verrichten.

Einzig auf einem Gebiete sind Erfolge erzielt worden, indes handelt es sich hierin auch nur um Anfänge, um Versuche und noch keineswegs um gesicherte dauernde Errichtungen der Arbeitslosenfürsorge. Sie in Betracht kommenden Gemeinden sind: Straßburg i. S., Schiltigheim und Wissembourg, Mulhouse i. S., Freiburg i. Br., Erlangen, Nürnberg bei Berlin, Mannheim, München, Mainz, Wettinerode, Charlottenburg, Röbel, Leipzig, Altendorf (Neulönn), Flensburg, Friedrichshagen, Altona, Rostock, Magdeburg, Karlsruhe, Gmünd, Altenburg, Dresden, Quedlinburg, Thessaloniki und Stuttgart. Die Errichtungen der Arbeitslosenfürsorge in diesen Gemeinden bilden eine sehr harte Basis für die Fortschritte, Beiträge an die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung, Spartenrichtungen mit kommunaler Unterstützung, Unterstützung unorganisierter Arbeitsloser, Unterstützungen in bar und Ration, freiwillige Arbeitslosenemergenzfeste mit städtischem Beitrag, wie in Köln, Gewöhnung von Darien u. s. m. An die ähnliche lokale Arbeitslosenfeste in Leipzig leistet die reiche und intelligente Stadt als kommunaler Beitrag die unentbehrliche Überdeckung eines Defizits. Großartig, nicht wahr?

Zuletzt ist in die Reihe deutscher Städte mit Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen Stuttgart getreten, wo die Reuerung am 1. Oktober in Kraft trat und in der Einführung des Genter Systems besteht.

In anderen Städten, wie Offenbach, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Charlottenburg, Frankfurt a. M. u. a. hat man sich mit der Arbeitslosenfürsorge beschäftigt, aber ohne bisheriges positives Ergebnis. Nur in Frankfurt a. M. sind zwei erstaunlich in den Stat-

für 1912: 15 000 M. eingesetzt worden für den "Fonds zur Ergänzung der städtischen Güststoffe" und der gleiche Betrag soll auch in Zukunft diesem Zweck zugesetzt werden. Aus den Binsen dieses Fonds und auch von diesem selbst bis zum Betrage von 5000 M. können an notleidende Personen gegen Bürgschaft Darlehen gewährt werden. Heiliger Bonifatius, das ist städtische Arbeitslosenfürsorge! In Offenbach liegt ein Antrag des städtischen sozialen Ausschusses an die Stadtverordnetenversammlung betreffend die Bewilligung von 10 000 M. zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung vor.

Auch der bürgerliche Stadtrat, der anfangs Junit 1912 in Ansbach abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der kommunalen Arbeitslosenfürsorge und er stimmte mit allen gegen nur fünf Stimmen einer vom Vorstand des bayrischen Städteverbands beantragten Resolution zu, die die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge anerkennt, diese aber als Aufgabe der Reichsgesetzgebung erklärte und nur bei deren Ausbleiben den Gemeinden die Ausgabe zuwies, freiwillig und unter staatlicher Zusicherung fürsorgeeinrichtungen für Arbeitslose auf Grund des Beitragszwanges und mit Beiträgen der Arbeiter und der Unternehmer zu schaffen. Über auch zu diesem Zwecke wird ein Reichs- oder Landesgesetz gefordert. Damit ist natürlich auch hier die Frage der Arbeitslosenfürsorge um keinen Schritt weiter gebracht.

Reich, Staat und Gemeinde lassen sich auf diesem Gebiete die größten Unterlassungsfürden zuschulden kommen und verlegen ihre Pflichten gegen die Arbeiterschaft in gräßlichster Weise. Haben wir selbst in den Zeiten der Proprietary Arbeitslose, wie die regelmäßige monatliche Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes lehrt (im Juli 1912 zum Beispiel 34 813 Gewerkschaftsmitglieder und 469 000 Arbeitssuchende auf den Arbeitsnachweisen, die dem genannten Blatte berichten), so wird ihre Zahl in der nächsten Wirtschaftsperiode zu einer gewaltigen Armee anwachsen, zu deren Hilfe das Gemeinwesen so gut wie nicht vorgesorgt hat.

Und da scheinen die kapitalistischen Arbeiterschaften über zu viel Sozialpolitik, sondern sie sozialpolitischen Stillstand und Rückhaus statt Brot für die Arbeiter. Es wäre Selbstmord der Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht dagegen aufzubauen und ihr Recht fordern und erkämpfen würde.

## Der paritätische Arbeitsnachweis für die Baufachwerker und Anschläger Berlins.

Vor einer Reihe von Jahren schwanden zwischen der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Baufachwerkerinnung Berlins Verhandlungen zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Baufachwerker Berlins. Die Verhandlungen, die sich längere Zeit hinzogen, schienen manchmal auf dem Punkt angelangt zu sein, daß es zur Verständigung kam. Jedoch zum vollständigen Abschluß ist es aus den verschiedensten Gründen nicht gelommen. Einmal waren es die Kosten, die die Unternehmer scheuten. Dann waren es Gründe prinzipsieller Natur, die sie veranlaßten, die Sache nicht zum Abschluß zu bringen. Sofern, als die Idee des reinen Unternehmensarbeitsnachweises von den führenden Unternehmerorganisationen der Metallindustrie mehr als bis dahin propagiert wurde, war schon gar nicht mehr an eine Verständigung zu denken. Als dann durch den Erlass des preußischen Handelsministers der Korporative Anschluß der Institutionen an die Unternehmerorganisationen für zulässig erklärt wurde, verlegte die Berliner Schlosserinnung ihren Arbeitsnachweis nach dem Bureau des Verbands Berliner Metallindustrieller in der Wittenhauser Straße. Die Herren glaubten, damit einen recht geschickten Schlag zu machen. Doch sie hatten sich geirrt. Da wir früh genug Kenntnis von dem Plan der Unternehmer erhalten, konnten von uns vorbereitende Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden, die dahin gingen, daß an dem Tage, an dem der Arbeitsnachweis der Schlosserinnung seinen Raum verließ, wir dort einzogen und einen paritätischen Arbeitsnachweis eröffnen könnten.

Zu dem Vertrag, auf Grund dessen dieser paritätische Arbeitsnachweis errichtet ist, gehören von Unternehmerseite eine größere Zahl nicht organisierte Schlossermeister. Das Erstaunen der Innung über unseren Schatz war nicht gering. Wir hatten dieselben Adressen und sogar die selbe Telefonnummer, die sie besaßen, erhalten, so daß der Nachweis, den bis dahin die Firma bestellt hatte, ohne Unterbrechung von uns und den mit uns koalierten Unternehmern fortgeführt werden konnte.

Die Innungsschäfer glaubten, daß unser paritätischer Arbeitsnachweis weiter keine Bedeutung erlangen würde. Doch die Herren haben sich geirrt. Wir haben den Nachweis auf zu einem wichtigen Nachweis, der die an uns gestellten Aufgaben auch erfüllen kann, angefaßt. Während früher der Arbeitsnachweis von den Innungsschäfern selbst wenig oder gar nicht benutzt wurde, weil er

gerne besonders in England viel Sympathie, obwohl ausführliche Untersuchungen dargetan haben, daß sich mit beiden Arten dasselbe erledigen läßt.

Das Schweiken, das früher im Schmiedeufer geschehen mußte, forderte sehr gelbe Hände, und es war selbst bei sorgfältigster Arbeit nicht wohl möglich, eine Garantie für die Güte der Arbeit zu übernehmen. Auch ein gesicherter Schmid kann ja nur schwachsinnig und darum nicht mit Sicherheit erkennen, wann die Schmelztemperatur erreicht ist, und darum wird nicht selten ein Verbrennen der Oberfläche verhindert werden.

Die Ungeschicklichkeit dieses Verfahrens hat denn auch die Technik angeregt, auf Beides zu zu setzen, und sie wurde dadurch leicht durch den hohen Preis der in der Art erfolgten Feinheitsfehler auf den denkbaren einfachsten Weg reduziert ist. Man denke sich zwei ganz gleiche und gleich arbeitende elektrische Schweißmaschinen in einer Richtung von einerseits aus zwei Seiten aufgestellt. Die zu bestreichende Stelle geht durch beide, zeigt aber zwischen ihnen einen ziemlich großen Durchgang. Während nun die erste Maschine die Glieder 1, 3, 5 . . . schweift, kann die zweite dies bei 2, 4, 6 . . . tun, weil die kleine zwischen beiden Maschinen um einen rechten Winkel gedreht wird, so daß sie bei der zweiten Maschine die andere Seite der Glieder in der Arbeitslage befindet, und darum von dem an sich nicht anders wirkenden Apparat besorgt wird. Hier läßt sich auch die Erfindung treffen, daß immer, wenn der eine Apparat arbeitet, der andere die Tätigkeit des Verstrebens ausübt, so daß weniger Strom gedreht wird, als wenn beide Maschinen gleichzeitig schwitzen und dann zusammen nur den Vorhof bewirken.

Eine andere Erfindung, die hier dazu vorgeschlagen werden möge, bezieht sich auf das Löten von Schmiedeteilen und dergleichen fehlenden Ware. Besteht man einen Draht zusammen und führt man dann an der Stelle des — noch lebende — Draht ein, so gelingt es leicht, daß dieser Metallkörper über den verschiedenen Manipulationen, die ausgeführt werden müssen, ehe es bindet, herausfällt. Um nun dies zu verhindern, wird nach der Erfindung an einer der beiden Schmiedefäden ein Hohlräum hergestellt, in den das Lot eingebracht wird.

Seit das Schnüren der Glieder mit einer Maschine geschehen, so läuft nur die oben angeführte Methode zu rechnen sein, wobei die Stelle erst bis auf das Schweißen fertiggestellt wird, und wobei dieses zum Schnüren für alle Glieder erfordert. Dies wird für natürlich das Schnüren des Schmiedewerks erfordern, da dann die Nähe leichter ausgeschlossen wird, als wenn sie auf dem Draht bestünde.

Hier sieht sich aber sofort eine technische Schwierigkeit, daß je zwei unterschiedliche Glieder immer rechtwinklig gegenüberliegen gefestigt sind, so daß die bestreichenen Stellen in einer Weise benötigt werden,

nicht in der Lage war, brauchbare Arbeitskräfte zu liefern, haben wir in verhältnismäßig kurzer Zeit ihn so ausbauen können, daß er sich das Vertrauen der Schlossermeister und auch der Innungsschäfer erworben hat, well es allgemein bekannt ist: dieser Arbeitsnachweis liefert brauchbare Arbeitskräfte. Das geht so weit, daß nicht nur schlechtweg Innungsschäfer, sondern sogar Vorstand und Mitglie-

der lieber der Innung sich unseres Arbeitsnachweises bedienen. Ein Beweis dafür, in welch hohem Maße der neue paritätische Nachweis es verstanden hat, sich das Vertrauen der Unternehmer zu erlangen.

Die Frage nun, warum bei dieser offensichtlich äußerst wirkungs-

vollen Tätigkeit des paritätischen Nachweises die Innung ihre Stellung nicht ändert, ist dahin zu beantworten: Nicht weil der paritätische Nachweis nichts taugt, lehnt ihn die Innung immer noch ab, sondern weil ein paritätischer Nachweis den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Grundsätzen über Arbeitsnachweis widerspricht, das ist die Ursache, daß die Innung sich noch wie vor ablehnt gegenüber dem paritätischen Arbeitsnachweis verhält. Wenn irgend welche Mitglieder beim paritätischen Nachweis können nicht der Grund der Ablehnung sein. Seit Bestehen des Nachweises ist dem Kuratorium (das ist die Aufsichtskommission) noch nicht eine einzige Beschwerde über seine Tätigkeit eingegangen.

Das beweist doch, daß alle Beteiligten zustrebengestellt wurden. Die paritätische Handhabung des Nachweises ist durch das Statut des Nachweises gesichert. Ein Blick in dasselbe genügt, um sich davon zu überzeugen. Dieses Statut sagt in seinem § 1 folgendes:

"Zur Verwaltung und Beaufsichtigung des Facharbeitsnachweises für das Schlosser- und Bauanschlägergewerbe zu Berlin wird ein Kuratorium gebildet. Daselbe besteht aus je 4 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie 2 Erwählern und 2 Mitgliedern des Kurstandes des Centralvereins für Arbeitsnachweis, welche als Vorstände bezeichnungswise stellvertretende Vorsitzende fungieren."

Und weiter heißt es im § 4:

"Dem Kuratorium steht die Aufsicht über den gesamten Betrieb des Arbeitsnachweises zu. Dasselbe hat zu diesem Zwecke regelmäßige Revisionen des Betriebes durch die Mitglieder und Erwählte des Kuratoriums einzurichten. Das Kuratorium berät über alle den Arbeitsnachweis berührenden Angelegenheiten; insbesondere steht es die Norm für die Einrichtungen und die Art des Geschäftsbetriebes des Arbeitsnachweises fest."

Daraus ergibt sich mit aller Klarheit, daß der Arbeitsnachweis von beiden Teilen gleichmäßig überwacht und geleitet wird.

Was die Frequenz des Nachweises betrifft, so gelgt ein Blick in die Statistik sofort, daß der paritätische Nachweis dem alten Innungsnachweis bedeutend überlegen ist. Zur Orientierung lassen wir hier einige Zahlen aus den Jahresberichten des Innungsnachweises — die also von den Gegnern nicht widerlegt werden können — und den Berichten des seit zwei Jahren bestehenden paritätischen Arbeitsnachweises folgen:

Der Innungsnachweis vermittelte im Jahre 1906: 2460 Stellen, 1907: 1321, 1908: 857, 1909: 1101, zusammen 5752 Stellen.

Der paritätische Arbeitsnachweis vermittelte im Jahre 1910/11: 3283 Stellen, 1911/12: 3297, zusammen 6780 Stellen.

Der Innungsnachweis vermittelte also in vier Jahren 5752 Personen, wogegen der paritätische Nachweis in zwei Jahren 6780 Personen vermittelte, also über 1000 Personen mehr. Und das, obwohl früher im Innungsnachweis auch noch Maschinenschlosser und Dreher vermittelten, was heute gar nicht mehr vorkommt, weil nur Arbeitskräfte für Bauanschläger und Geldschmiedefäden benötigt werden. Hinzu kommt für den paritätischen Nachweis der Beurteilung der Vermittlungsfähigkeit, daß im Jahre 1912 ungünstige Vermittlungsfähigkeit herrscht. Trotzdem steht sich die Vermittlungsfähigkeit auf derselben Höhe wie im Vorjahr. Ein Beweis dafür, daß der Spruch größer geworden sein muß, was auch in der Tat der Fall ist. Dabei soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß trotz negativer Propaganda ein großer Teil der Innungsschäfer bedient aus dem so sehr bekämpften paritätischen Nachweis besteht.

Aber nicht nur in quantitativer, sondern auch vor allen Dingen in qualitativer Hinsicht stehen die ermittelten Arbeitskräfte ungleich höher, als es im alten Innungsnachweis der Fall war. Wenn nämlich früher darüber gelegt wurde, daß wenig zuverlässige Arbeitskräfte vermittelten, weil nur Arbeitskräfte für Bauanschläger und Geldschmiedefäden benötigt werden. Hierzu kommt für den paritätischen Nachweis der Beurteilung der Vermittlungsfähigkeit, daß im Jahre 1912 ungünstige Vermittlungsfähigkeit herrscht. Trotzdem steht sich die Vermittlungsfähigkeit auf derselben Höhe wie im Vorjahr. Ein Beweis dafür, daß der Spruch größer geworden sein muß, was auch in der Tat der Fall ist. Dabei soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß trotz negativer Propaganda ein großer Teil der Innungsschäfer bedient aus dem so sehr bekämpften paritätischen Nachweis besteht.

Die Innungsschäfer glaubten, daß unser paritätischer Arbeitsnachweis weiter keine Bedeutung erlangen würde. Doch die Herren haben sich geirrt. Wir haben den Nachweis auf zu einem wichtigen Nachweis, der die an uns gestellten Aufgaben auch erfüllen kann, angefaßt. Während früher der Arbeitsnachweis von den Innungsschäfern selbst ein derartiges Urteil fassen sollten, erübrigte sich von unserer Seite jede Kritik.

Um diesem Umstände Rechnung zu tragen, wurde zum Beispiel folgender Vorschlag gemacht. Unter Anwendung eines einzigen Schweißverfahrens sollte immer nur ein Schenkel gezeichnet werden, woran die Stelle um einen Winkel von 90 Grad gedreht werden müsse. Bei einer solchen Maschine ist jedoch eine sehr unständige Führung nötig, die das Glied nach jeder Schweißung in der einen oder anderen Richtung dreht, und darum ist der an sich gefühlte Gedanke praktisch wenig ausführbar.

Interessant ist eine längst in Amerika erfundene elektrische Schweißmaschine, bei der sämtliche Glieder ebenso wie bei einem einmaligem Durchgang geschweißt werden, wobei jedoch zwei Schweißvorgänge nötig sind, während das allerdings unvermeidlich Wenden auf den denkbaren einfachsten Weg reduziert ist. Man denke sich zwei ganz gleiche und gleich arbeitende elektrische Schweißmaschinen in einer Richtung von einerseits aus zwei Seiten aufgestellt. Die zu bestreichende Stelle geht durch beide, zeigt aber zwischen ihnen einen ziemlich großen Durchgang. Während nun die erste Maschine die Glieder 1, 3, 5 . . . schweift, kann die zweite dies bei 2, 4, 6 . . . tun, weil die kleine zwischen beiden Maschinen um einen rechten Winkel gedreht wird, so daß sie bei der zweiten Maschine die andere Seite der Glieder in der Arbeitslage befindet, und darum von dem an sich nicht anders wirkenden Apparat besorgt wird. Hier läßt sich auch die Erfindung treffen, daß immer, wenn der eine Apparat arbeitet, der andere die Tätigkeit des Verstrebens ausübt, so daß weniger Strom gedreht wird, als wenn beide Maschinen gleichzeitig schwitzen und dann zusammen nur den Vorhof bewirken.

Eine andere Erfindung, die hier dazu vorgeschlagen werden möge, bezieht sich auf das Löten von Schmiedeteilen und dergleichen fehlenden Ware. Besteht man einen Draht zusammen und führt man dann an der Stelle des — noch lebende — Draht ein, so gelingt es leicht, daß dieser Metallkörper über den verschiedenen Manipulationen, die ausgeführt werden müssen, ehe es bindet, herausfällt. Um nun dies zu verhindern, wird nach der Erfindung an einer der beiden Schmiedefäden ein Hohlräum hergestellt, in den das Lot eingebracht wird.

Es werden nun aber auch Glieder gebraucht, die auseinanderbrechen und das ist bei den Schenkeln der Fall, die das Binden erfordern. Hierbei ist der eine Teil und irgend einem festen Punkte bilden, mit dem die Stelle der nicht dauernd verbunden bleibt soll. In der denkbaren Konstruktion ist sich bei Unterketten der Kettenstäbe Schwellen zu verhindern. Man denkt sich ein großes Kettenstück an, das zwischen den Kettenstäben einen Platz zwischen den Kettenstäben einnimmt und dann an den Kettenstäben befestigt wird. Hierbei ist es zu beachten, daß die Kettenstäbe nicht zu gebrauchen sind. Wenn die Unterketten selbst ein derartiges Urteil fassen, erübrigte sich von unserer Seite jede Kritik.

## Der Schlüß der Rettenglieder.

Sehr oft man eine einzelne Reihe, wie sie etwa bei Ihnen mit Gewichtszug verwandelt wird, so stellt sie sich als ein Organ dar, das nicht für solche Angriffe eingerichtet ist, denen es ja auch kaum standzuhalten hat. Die einzelnen Glieder sind zunächst gebogene Drahtstückchen, die mit ihren Enden zusammenhängen, ohne dort irgendwie verbunden zu sein. Die Festigkeit einer solchen Reihe hängt davon ab, wie leicht sich ein Glied austiegt, was natürlich schon bei einer relativ geringen Beanspruchung geschieht, die jedoch tatsächlich viel mehr ist als die, die die Reihe aufstellen könnte, wenn die Teile an den Verbindungsstellen eine zusammenhängende Fläche bildeten.

Bei größeren Reihen kann man sich daher mit einer herkömmlichen Herstellung nicht zufrieden geben. Hier gilt es vielmehr, geklebte Glieder zu kombinieren, und es ist dies auf zwei Weisen möglich. Entweder vereinigt man nämlich die Enden der zusammengehörigen Glieder durch Schweißung oder Löting möglichst so, daß die Angenähte den übrigen Ringgliedern gleichwertig ist, oder man setzt die Glieder darauf, daß sie überhaupt keine Enden aufweisen, um deren Schließung sonst kein Sarge machen möchte. Sehen wir uns im folgenden die Mittel ein wenig an, die dem Schluß der Rettenglieder dienen, indem wir dabei bemerkt, daß derartig die großen und schweren Gliedteile imuge haben, bei denen ein festes Gefüge beobachtet werden muss.

Geklebte Glieder großer Reihen können auf folgende Weise hergestellt werden. Man zieht eine Ringebeilage in bestimmter Gangrichtung, die biegt sie in Form eines U, hängt sie in das breite Ende eines Schweißringes ein, bringt die

Warum bekämpft nun aber die Firma in der Oeffentlichkeit den partikulären Nachwuchs, während seine Mitglieder im stillen doch ihre Kräfte von dort beziehen? Die Antwort kann nur lauten: Die Firma will den Gesellen nicht zu großen Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten. Deshalb soll auch der Arbeitsnachwuchs in den Händen der Unternehmer bleiben. Und in dieser Richtung arbeitet ja auch der juristische Beirat der Firma, Herr Dr. Karwohl. Die Zeiten sind aber vorbei, wo sich die Gesellen jedes Anspruchsrätsche verbieten lassen, daran wird die „Politik“ des Herrn Karwohl nichts ändern. Ob das die Firma weiter bald einsehen?

Karl Wüde (Berlin).

## Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung.

In immer weiter steigendem Maße macht sich in der organisierten Arbeiterschaft ein Drang nach Wissen und Bildung bemerkbar. Das hat seinen Grund in mancherlei Umständen. Einmal darin, daß unsere Volksschulen in der Vermittlung von Wissen und Bildung mit dem Fluch der Unzulänglichkeit behaftet sind, was dazu führt, daß der zum erstenmal in die Stürme des Lebens hinauströmende Mensch sofort seine Unvollkommenheit in dieser Beziehung entdeckt und nun in der Regel bemüht ist, diese Lücke auszufüllen. Wo aber soll das geschehen? Wo soll er das geistige Mäuschen erlangen, das zu seinem sinneren Fortkommen so notwendig ist, wie die Luft zum Atmen? Woher soll er das Wissen schöpfen, daß er im Kampfe um seine Existenz benötigt, woher die Bildung, die doch Voraussetzung ist für alle Brüderlichkeit und Solidarität? Da kommt ihm die moderne Arbeiterbewegung zu Hilfe. In ihrer Preß und in ihren Versammlungen werden die verschiedenen für ihn wichtigen Wissensgebiete erörtert, und dadurch die Pforten geöffnet, die die Volksschulen so beharrlich verschlossen hielten: die Pforten der Wissenschaft. Zieht erhält der Arbeiter durch die Arbeiterbewegung seine ersten Kenntnisse über das wirtschaftliche und politische Leben, über die Kämpfe, die darin tobten, über den grandiosen Triumphzug der technischen Entwicklung, der im Grunde genommen doch nur möglich war durch die Naturwissenschaft, das heißt dadurch, daß der Mensch die Naturkräfte beherrschte und sie in den Dienst der Arbeit stellte; zeigt schäß er auch die ersten Kenntnisse über die den Lehren der Volksschulen über christliche Nächstenliebe höhne sprechende Unterbildung und Ausleitungen der Arbeiter durch die bestehenden Klassen. Durch Vermittlung all dieses Wissens werden aber auch zugleich die Triebkräfte wachgerufen zu immer neuem Suchen und Finden. So ist die moderne Arbeiterbewegung für die Arbeiterklasse eine Lehr- und Bildungsstätte im großen geworden.

Aber auch im Wesen der heutigen Arbeit selbst liegen Ursachen, die den Arbeiter zwingen, sich mit Fragen der Wissenschaft, der Bildung und der Kunst zu beschäftigen. Diese Beschäftigung ist keineswegs immer ergänzend, vielmehr ist sie manchmal schmerzlich genug, zumal wenn der Arbeiter erkennen muß, daß sein durch die Tagesarbeit zum Besten eines ausbeuterischen Unternehmers abgelerter Körper am Abend kaum noch so viel Kraft hat, daß er seine notwendigsten eigenen Angelegenheiten zu erledigen imstande ist und von irgend welcher Beschäftigung mit Kunst oder Wissenschaft keine Rente mehr sein kann. Unter solchen Umständen hat schon mancher Arbeiter den Bildungsdrang als einen Fluch empfunden.

Was ist Arbeit? Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften erhalten wir mit folgenden lapidaren Sätzen die Antwort:

„Arbeit ist jede einen dauernden Effekt auslösende Tätigkeit körperlicher oder geistiger Kraft. Ob es sich, wie beim Menschen, um zweckbewußte, oder, wie beim Tier, um unbewußte Kraftbetätigung handelt, ist in diesem Zusammenhang gleichgültig.“

Ausschalten können wir aus unserem Thema die unbeküste Kraftbetätigung des Tieres, da solche natürlicherweise keinerlei Wissen oder Bildung voraussetzt. Wohl aber müssen wir die menschliche Arbeit näher untersuchen. Man macht gewöhnlich einen Unterschied zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Leopold Jacoby nennt in seinem Buche „Die Idee der Entwicklung“ den Kopfarbeiter, also denjenigen, der mit seinem im Schädelkasten eingeschlossenen Gehirn etwas erdenkt, erzählt, einen idealen Arbeiter oder bewußten Denker, denjenigen, der das Gedachte in die Tat umwandelt, einen mechanischen Arbeiter oder Tätigkeitsdenker des Denkens. Die neuere Entwicklung zeigt nun aber, daß auch bei den sogenannten Kopfarbeitern das selbstsichere Schaffen immer mehr eingeengt wird. Die Techniker wissen ein Bild davon zu singen, daß die „Entwicklung der Arbeit“, unter der die Handarbeiter schon so lange leiden, sich immer mehr auch in ihrem Bereich breitmacht. Diese Wahrheit bedeutet für die heutige Arbeitswelt ein vernichtendes Urteil. Wie ein Bild auf den heutigen

Zusammensetzen oder zum Zusammensetzen versehen, so hat man das Prinzip dieses Organes. Nach dem Verbinden wird dann ein Steg eingeführt und ein Stab durch die Seitenteile und das Mittelstück gesetzt, für den eine entsprechende röhrenförmige Öffnung vorgesehen wird. Ein solcher Schädel läßt sich leicht öffnen, während er doch genügend fest zusammenhält, wenn er geschlossen ist.

Vollständig nacktlos Glieder, bei denen also der zweite Weg eingeschlagen wird, um ein geschlossenes Ganze zu erreichen, lassen sich zum Beispiel durch das statische Walzverfahren mit vier nach der Kettenform ausgestanzten Walzen aus einem auf Kreuzprofil ausgewalzten Stab herausarbeiten. Es entsteht auf diese Weise allerdings zunächst keine saubere und fertige Rute, die daher müssen noch mehrere Arbeiten geleistet werden, ehe der Herstellungsvorprozeß abgeschlossen ist. Es gilt nämlich, die Glieder zu trennen, Crate und Materialreste zu entfernen, und durch Stoßen und Pressen sind die Glieder aus die richtige Form zu bringen. Die Bruchgefahr ist sehr erheblich, doch ist ein starker Nebelstand zu bestreben. Werden Längen auch von Dutzenden von Metern hergestellt, so wird es doch oft nötig, mehrere solcher Stücke zusammenzukleben. Dazu muß aber ein Schädel erwünscht sein, der in seinen ganzen Abmessungen über den Kettengliedern entspricht, damit beim Aufwickeln keine Störungen durch Unebenheiten entstehen. Ist die Herstellung eines solchen ja wohl auch grundsätzlich nicht unmöglich, so bereitet sie doch Schwierigkeiten, und es ist zweifelhaft ob ein Raftstück des Systems anzusehen, daß sich nicht fortlaufende Ketten nach ihm auswalzen lassen.

Seinerzeit erregte auf der Berliner Schiffsbausausstellung die Herstellung eines Gliedes einer der schweren Bootsschalen nicht nur bei Fachleuten Aufmerksamkeit. Es handelte sich dabei allerdings um ein Verfahren, dessen Idee schon ziemlich alt ist, das aber doch erst jetzt mit den modernen Mitteln ausgeführt werden konnte. Bei den dort gezeigten Gliedern bildet ein sehr langer, flacher Eisenstab das Ausgangsstück. Dieser wird um einen Dorn gewickelt, wobei Rutenlängen sind, die den Stab im angemessener Temperatur zu bedienen. Auf diese Weise entsteht ein geschweiztes Rute, dessen Querschnitt aber noch ein Raftstück bildet. Das Ende des Stabes muß natürlich, um keinen Abrieb zu bilden, abgeschärft werden. Die weitere Herstellung hat nun wiederlich drei Aufgaben. Es muß erstens der Raftstück gerundet werden, zweitens muß das Rute eine ovale Form erhalten, und drittens ist der eventuell gewünschte Stein einzusetzen. Solche Arbeiten zeichnen sich durch saubere Arbeit und jetzt die Festigkeit aus.

Kulturstand lehrt, arbeitet die ungeheure Mehrheit der Menschen nur mechanisch. Früher, ehe der Revolutionär, genannt Kapitalismus, die Welt durchstürzte, war es anders. Verlustes Denken oder Ideale Arbeit, sowie Betätigung des Denkens über mechanische Arbeit wurde damals von einer und derselben Person zugleich verrichtet. Wissen und Bildung quollen deshalb aus der damaligen Arbeit, sie adelte den Menschen. Das wurde in demselben Maße ungünstiger, wie der Siegeszug des Kapitalismus vorwärts drang, wie er die grandiosen Werkzeuge und Maschinen statt im Interesse allgemeiner Volkswohlfahrt im Profitinteresse Weniger verwandte, wie er die Arbeiten, um ihr Quantum zu erhöhen, spezialisierte und detailierte, wie er dadurch die Arbeiter zwang, Stunde um Stunde, täglich und immer, eine und dieselbe Hand, Atem- oder Körperbewegung zu vollführen, kurz, wie der Kapitalismus die Maschine zum Herrn, den Menschen zum Diener der Maschine mache und dadurch die Arbeit ihres natürlichen Charakters entkleide.

Wo aber, wie geschildert, die Arbeit einsinnig, öde, inhaltsleer ist, da greift nicht nur Unlust zu solcher Arbeit Platz — die Unternehmer nennen das Faulheit —, sondern geistige Müdigkeit und in deren Folge Nervosität. Es ist ein charakteristischer Zug aller Großbetriebe, daß dieses schlechende Ubel sich immer weiterer Arbeiterkreise bemächtigt. Betätigung des Geistes außerhalb der Arbeitszeit, die zu verkürzen aus den angeführten Zuständen heraus immer mehr zur Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft werden wird, ist daher eines der wichtigsten Gebote unserer Zeit. Der Unternehmer hat kein Recht, dem Arbeiter Tag für Tag soviel an seinen Kräften zu entziehen, daß ihm für körperliche und geistige Betätigung im eigenen Interesse nichts mehr übrig bleibt. Der Arbeiter hat ein Recht auf eigenes Leben, auf Kulturaufstieg! Er hat aber auch nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, jede Gelegenheit dazu zu benutzen.

Solche Gelegenheiten bieten unter anderem die in vielen Städten tätigen Bildungsaußschüsse der organisierten Arbeiterschaft. Diese sind eben daran, ihre Winterprogramme bekannt zu machen. Bald beginnt wieder ihre Bildungsaktivität. Diese Gelegenheit auszunützen, sollte kein pflichtbewußter Arbeiter sich entgehen lassen. Je mehr der einzelne dabei gewinnt, desto mehr kann er wiederum seinen Mitmenschen dienen. Kunst, Wissenschaft und Bildung sollen zum Gelingen aller werden. Gelingt das, dann fallen die Fesseln von uns ab, eine nach der andern, und wir treten hervor ans Licht, wie Morgenrot aus.

## Christlicher Gewerkschaftskongress.

I.

Wenn für die Bedeutung einer Arbeiterbewegung die Zahl ihrer Gönner im bürgerlichen Lager maßgebend ist, dann stehen die christlichen Gewerkschaften unerreichbar da. Der große Kongress dieser Gewerkschaftsrichtung, der vom 6. bis zum 10. Oktober in Dresden stattfand, sah an dem langen für die Herren „Ehengäste“ bestimmtene die Vertreter aller möglichen Behörden, Parteien und Organisationen, man darf sagen: Alles was gegen Sozialismus, gegen Klassenkampf, gegen die Gleichberechtigung, Selbständigkeit und Freiheit der Arbeiter ist in deutschen Landen, das war durch Abgesandte in Dresden vertreten und bekundete der schwatzgelben Logung seine Freundschaft und Anerkennung. Die deutsche Reichsregierung, die sächsische Landesregierung, die katholische Kirchenbehörde, die konervative, die ultramontane und die nationalliberale Partei, der Bund der Landwirte, der Bund der Kriegervereine und alles, was rückwärts oder doch nicht vorwärts will mit den Arbeitern — es wünschte durch seine Vertreter den christlichen Gewerkschaften ferneres Blühen, Wachsen und Gedeihen, es erhoffte von ihnen das Beste für das Vaterland, das Allgemeinwohl, das Christentum und namentlich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn die Ritter der christlichen Gewerkschaften es darauf ansetzen wollten, vor aller Welt die Minderwertigkeit und Verachtung ihrer Bewegung hinzutun, dann konnten sie das nicht besser als dadurch, daß sie diese blamable Gesellschaft von „Ehengästen“ zu sich einluden, um sich von diesen Leuten, denen die Abreitung gegen eine selbständige, leistungsfähige Arbeiterbewegung aus der Stirn geschieben steht, das Zeugnis des Wohlverhaltens ausspielen zu lassen. Wenn außerhalb der ultramontanen Katholikorganisationen würde nicht die Schamte ins Gesicht steigen, wenn die Partei der Obersburg und Kröcher durch ihren Vertreter ihm öffentlich bekräftigte, daß sie in jener Organisation, wie das der konervative Graf Carmer in Dresden den christlichen Gewerkschaften gegenüber trat, „die beste, geeignete und sachlichste Vertretung des Arbeiters“ erblickte? Die Christlichen strichen diese kompromittierende Anerkennung mit volzem Rücken ein und befundeten hier wie bei den anderen verdächtigen Personen ihrer „Ehengäste“ ihren Mangel an Selbstachtung durch ledigsten Beifall.

Und das soziale Ergebnis des Dresdener Kongresses? Als noch den Pfingsttreffen dieses Faktes in christlichen Gewerkschaftskreisen der Gedanke an die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses auslauchte, um zu den kommenden Ereignissen Stellung zu nehmen, da wurde von der Führung eindeutig abgewinkt und hinausgewiesen auf den bevorstehenden, im Herbst stattfindenden regelmäßigen Kongress; hier werde gesagt werden, was gesagt werden müsse, und hier werde die nötige Erfahrung geschaffen werden. Kundige Leute wußten von vornherein, was dabei herauskommen würde. Klars, was man nicht schon wußte und was man nicht schon hundertmal von christlicher Seite aus gehört hatte: Die christlichen Gewerkschaften sind in ihrer jetzigen Gestalt eine wirtschaftliche, eine soziale und eine nationale Notwendigkeit, und in dieser Erkenntnis werden siebleiben, was sie wollen; sie sind selbständig noch jeder Seite hin und lassen sich in ihrer grundlegenden und faktenhaften Haltung durch niemanden beeinflussen! So klug es aus der Einleitungssprache des Vertretenden vom Ausschuß des Gewerkschaftsbundes und aus dem Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, und das war auch der Hauptpunkt der Stegerwaldschen Rede über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Streitungen der Gegenwart. Mit einem Wort wurde eingepackt auf die mancherlei Ereignisse seit dem Kongress 1909, die das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur kirchlichen Autorität betreffen und die zeitweise die Spalten der kirchlichen Arbeiter- und Gewerkschaftspresse gefüllt haben, und es zeugt für die Selbstverständigung der Kongressteilnehmer, daß sie sich, ohne zu rütteln, in dieser das Gesamtbild ihrer Organisationen berücksichtigenden Frage mit den nichtsogenden Redensarten des Generalsekretärs alspeinen ließen und nicht ein einziger das Bedürfnis fühlte, die Führer über die sogenannten „Fuldaer Belehrungen“ vom Ende 1911 zu betragen, wo über die Köpfe und hinter den Rücken der Organisationen die Führer den Bischöfen gegenüberstehen, zu Verdächtigen grundsätzlicher und faktischer Art verurteilt.

Es ist eine alte Erwartung, daß die Christlichen allemal dann, wenn es gilt blamable Dinge im eigenen Lager zu verbreiten, so kräftiger auf ihre sozialistischen Gegner schimpfen. So auch diesmal. Man muß es gehört haben, um es möglich zu halten, daß Herr Stegerwald den schändigen Vertrag der christlichen Arbeiterverbände“ bei der Reichsvertretungssitzung mit den letzten Worten rechtfertigt, das hätten sich die Sozialdemokraten letzten Endes selber zuschreiben, und daß ebenso unversöhnlich die Haltung der Christlichen gegenüber dem Wirtschaftsleben und der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie getrennt, nicht durch den leichten Vergleichbarkeit stellt, mit den Worten abtut: Daran seien einzig und allein die Sozialdemokraten schuld. Man muß es gehört haben, wie dieser Mann, den der Herrgott in einer kleinen Laune an die Spitze einer Arbeiterbewegung gesetzt hat, das Wort sagt: „Die Sozialdemokratie will die Arbeiter völlig abscheiden vom Kulturreich der Nation.“ Als Adam Stegerwald noch in den Windeln lag, da hatte die Klassenbewußte Arbeiterbewegung bereits ein großes Stück Kulturstand hinter sich, und kein anständiger und ehrlicher Gegner wird ablehnen wollen, daß das, was die deutsche Arbeiterbewegung heute an Kultur heißt, einzig und allein der sozialistischen Wirtschaft zu danken ist. Auch Stegerwald, so tölpelhaft er auch sein mag, weiß das; er weiß auch, daß das bishen Kulturreich aus christlicher Seite dem sozialistischen Vortrieb abgeschenkt ist. Aber wozu wäre man christlicher Generalsekretär, wenn man nicht, sobald es sich um die Sozialdemokratie handelt, das Gegenteil der Wahrheit sagen dürfte. Die „gute“ Sache des Zeutums und der jungen Leute und schriftstellerischen Freunde heißtigt auch das schlechteste Mittel. — Eine Diskussion über die Stegerwaldsche Rede fand nicht statt. Man nahm eine Resolution an, in der das Bündnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen bestätigt und bezüglich des Gewerkschaftstreites erklärt wurde: „Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15jähriger Praxis bewährt, die christlichen Gewerkschaften leisten deshalb auch in der Zukunft in den seitherigen Gewerkschaften Bahn“ — Wozu diese „bewährten Bahnen“ führen, hat der Bergarbeiter ausstanzt vom vergangenen März gezeigt.

Der Dresdener Kongress hatte sich auch die Aufgabe gestellt,klärung zu schaffen bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Wirtschaftsleben der Gewerkschaften und dem Wirtschaftsleben der Gegenwart. Man hatte mit dieser Aufgabe den Redakteur Joos der Westdeutschen Arbeiterzeitung (M.-Gladbach) betraut, der in seinem Blatte die Pflicht hat, den katholischen Arbeitern die politischen Umstände und Spitzbuberlungen des Zentrums schmackhaft zu machen. Weil er sich auf diesem Gebiete einiges Geschick erworben hat und außerdem über das Material in den Zeitungen des katholischen Volksvereins verfügen kann, hält er sich einen äußerst geschickten und wissenschaftlich bewanderten Kopf. Getragen von dem Bewußtsein, mit der ganzen Bildung von M.-Gladbach und Umgegend ausgestattet zu sein, redete er zwei Stunden lang allerhand zusammengefloenes Zeug von seinem Manuskript herunter, derweil seine christlich-nationale Zuhörerschaft dem Gähnkrampf verfiel. Der Vorsitzende Schäffer brachte den Nachweis, daß er geschlafen hatte, dadurch, daß er die Rede des Herrn Joos „ungehemmt antreten und belehren“ nannte; er erblickte in dem Vortrage ein Zeichen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung bedeutende Fortschritte geistiger Art gemacht habe, an die Seite der Praktik seien jetzt die Theoretiker getreten und die Arbeiter hätten Hilfe erlangt durch die Denker. Zum Unglück fuhr Herr Giesberts mit ruhiger Hand in das Hochgefühl der christlichen „Denker“ hinein. Er bekannte, daß er im Vorstand gewarnt habe, ein solches Thema mit solchen umstrittenen Problemen auf einem Gewerkschaftskongress zu behandeln. Die gewerkschaftliche Betätigung lasse sich wissenschaftlich gar nicht begrenzen und erfassen. Es handelt sich nicht darum, ob die Lage der Arbeiter an sich besser geworden, sondern ob sie im Verhältnis zu der Gewinnsturzhöhe ordnen sei, und in dieser Hinsicht sei sie nicht sehr geändert worden. Man soll als Regel für die Praxis den Grundsatz befolgen, bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer nach der äußersten Grenze zu streben und sich dabei nicht durch theoretische Bedenken bremsen zu lassen. — Die weitere Diskussion war ziemlich wir, bis ein Delegierter den Debatteisch beantragte mit der Begründung: es sei zwecklos, sich über das „Jeng“ noch weiter zu unterhalten, es könne, auch wenn man noch stundenlang „spinne“, doch nichts dabei heraus. Da der Vortragende das Gähnen sah, nahm sie den Schlußantrag an. Herr Joos, der christlich-nationale „Denker“, summerte einige Sätze als Schluswort und damit vor der Versammlung eine christliche Gewerkschaftstheorie zu finden, bis auf weiteres erledigt.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

(Schluß)

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblich ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unteren in die Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewerkschaften, betroffen waren. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinenbau und Schiffsbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffskriegs und 46 wegen Verwerungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen fallen 60 — 29 Prozent mit vollem und 47 — 22,7 Prozent mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter und für 82,1 Prozent der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden 142 Aussperrungen in weit erheblicherem Umfang statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2988 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitteldienststoß zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitseffekt beläuft sich auf 19 351 996 Tage. Der Geschlossenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Prozent der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten, 29,9 Prozent der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 38,9 Prozent mit einem Teilserfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungskraft der Unternehmer abgeschunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 41 918 850,- für Aussperrungen verausgabt. Ihre Opferbereitschaft ist ans Sterbte entzweit und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegensehen. Sie wissen, daß sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung gelangen werden und können alljährlich auf die Erfolge hinweisen, die sie erzielt haben. —

Das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich einen größeren Anteil an den gesamten Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Erfolge das kraftvolle Mingen der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum gezeigt hat. Durch die gewerkschaftlichen Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine



als tonangebend betrachtet werden können. Und in der Tat, dieser Einfluss macht sich nicht nur hierin bemerkbar, sondern er wird weiter illustriert dadurch, daß alle Fabrikbetriebe mehr und mehr dazu übergehen, an Stelle der gelernten Arbeitsfröste ungebildete Arbeiter einzustellen. Besonders zeigt sich dieses Bestreben in den letzten Jahren im Formierbetrieb. In den am Orte vorhandenen Gleichereten wird, abgesehen von einigen Betrieben, in denen Teile für Werkzeugmaschinen und Bergleichen gegossen werden, fast ausschließlich Nähmaschinenguss hergestellt. Es ist daher ganz erklärlich, daß auch hier die Handformer zum großen Teil verdrängt worden sind durch die Maschinenformer. Wenn auch in einigen Gleichereten der Nähmaschinenindustrie noch Handformer vorhanden sind, so ist ihre Zahl gegenüber den Maschinenformern verhältnismäßig gering. Entsprechend diesen Zuständen sind auch die Verdienste der Formen nicht besonders hoch zu nennen und es ergeben sich bei ihnen aus diesem Grunde viele Rettungssächen. Zwei Betriebe sind es in erster Linie, in denen fast täglich Differenzen vorhanden sind, die für die Arbeiter genügend Veranlassung geben würden, zur Arbeitsniederlegung zu schreiten. Einmal die Tempergleicheret von Reinhart & Löwe in Brackwede, ein Betrieb, der ungefähr 50 Personen beschäftigt. Um jeden Groschen müssen hier die Arbeiter fesseln, um zu ihrem Gelde zu kommen, und wer gegenüber dem Herrn Löwe nicht Haare auf den Färbnen hat, der läuft Gefahr, mit recht geringen Verdiensten nach Hause gehen zu müssen. Abalige an diesen und jenen Artikeln sind keine Seltenheit und es bedarf aller Anstrengung der Arbeiter, die alten Preise zu halten. Bei der geringssten Verschönerung wird der Versuch unternommen, mittelbare Arbeiter abschieben. Erst in diesen Tagen ist die Firma dazu übergegangen, einer Reihe von Arbeitern zu erklären, daß sie ausziehen müssten, wenn sie sich weiteren sollten, blößiger zu arbeiten. Natürlich denken die Kollegen nicht daran, dem Herrn Löwe diesen Gesallen zu erwiesen, er dürfte zufrieden sein, wenn er seine alten Leute behält. Der Betrieb ist nämlich unter den Tempersformern in Bielefeld und auch an anderen Orten berühmt bekannt, daß sich, obwohl Herr Löwe verschiedentlich selbst auf die Suche nach Formen ging, niemand findet, der in dieser Rude und bei diesem Unternehmer arbeiten will. Aehnliche Zustände findet man im Betriebe der „Adensberger Eisenhütte“ (Reinshagen & Vogt). Hier schlägt der Meister Komme das Zepter. Auch dort sind Mittstände vorhanden, die diesen Betrieb als eine recht fragwürdige Arbeitsstätte erscheinen lassen. Kein Wunder, daß der Wechsel der Arbeiter ein besonders großer ist. Die Frage des Ausschiffquisses ist fast immer die Veranlassung, daß die Firma ein oft geseligerer Gast am Gewerbezegert ist. Wenn sich wirklich ein fremder Former in den Betrieb verlässt, kann dauernd es gar nicht lange und er lehrt dieser gästlichen Stätte den Rücken. Meister Komme allerdings behauptet, die Leute seien nicht leistungsfähig. Sie gingen weg, weil sie infolge ihrer gerungen Kenntnisse nichts verdienen könnten. Eigentümlich ist nur, daß die Betriebsfeuden anderweitig als brauchbare Formen betrachtet wurden. Diese kurze Kennzeichnung der beiden Betriebe, die nicht exzépsend ist, soll nur den Zweck haben, auswärtige Kollegen zur Vorsicht zu mahnen. Wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen, so mögen sie sich sofort nach ihrem Eintritt in Bielefeld nach dem Verbandsbüro bemühen, wo Ihnen weitere Ratschläge zuteil werden. Unter keinen Umständen darf jemand umschauen, der sich nicht vorher gemeldet hat.

## Metallarbeiter.

Chemnitz, 9. Oktober 1912. Demagoge statt Demokratie — das ist die Maxime der „Arbeitervertreter“ der „Wiesenthalerel“. Das hat der Unterzeichnete persönlich erfahren. Um mich von den Anprägungen dieser „radikalen Demokraten“ zu überzeugen, folgte ich ihrer Einladung zu einer Versammlung am 7. September im Jägerhof in Chemnitz, wo Wiesenthal höchstselbst residierte. Mit seiner „örtlichen Zeitung“ nebst Wiesenthal und Gästen waren 19 Personen anwesend. Ich nahm in der Diskussion das Wort, um meinen Standpunkt zu präzisieren, worauf dann im Wiesenthalblatt ein Versammlungsbericht erschien, der in bezug auf meine Person folgendes besagt: „Alsgele Ziegler (Metallarbeiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einem Großbetriebe) erklärte sich in vielen Punkten mit dem Referat einverstanden, auch gab er zu, daß im Deutschen Metallarbeiter-Verband viele Mängel vorhanden sind. Er gehörte zur Opposition und vertrete ratschlos auch in den Generalversammlungen der Zabstelle Chemnitz, gegen die Ortsvertretung, die Forderung der Kollegen nach größtem Mitbestimmungsrecht. Leider sei aber die Masse der Kollegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband so stupide, daß sie gar nicht merkt, wie sehr sie bestimmt wird, da sie viel zu faul zum Denken ist. Diese Masse wird auch nicht besser, wenn sie zum Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband übertritt. Sollte er jedoch überzeugt werden, daß die Organisationsform des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes eine bessere sei, so würde er sich keinen Augenblick hinzirren, zu uns überzutreten und Schülter an Schülter mit uns zu kämpfen.“ Zum Schluß schreibt dann der Berichterstatter: „Wir haben die Heberzeitung, doch wir müssen siebold in unserer Miete werden berühren können.“ Dagegen handte ich folgende Beklärung an das Wiesenthalblatt ein: „In Nr. 37 des Deutschen Metallarbeiter befindet sich ein Bericht über die Vertreterversammlung vom 7. September et. in Chemnitz, wo der Unterzeichnete als gesadener Gast anwesend war. In diesem Bericht heißt es unter anderm, daß ich aussprüche: Leider sei die Masse der Kollegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband ja unüblich, daß sie gar nicht merkt, wie sehr sie bestimmt werden; die Masse will also bestimmt werden, weil sie viel zu faul zum Denken ist.“ Es ist nicht recht, daß ich diese Behauptungen setzen habe. Wahr ist, daß ich den Aussprüchen des Herrn Ziegler als Wenn ihr im Deutschen Metallarbeiter-Verband so euren Standpunkt vertreten würdet, wie hier, so würdet ihr bald aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgegliedert und bei uns sein. Die Verantwortung kann keine Kritik vertreten — entgegen vertreten hin. Das kostet. Das vertrete stets den Standpunkt, den Mitgliedern des Allgemeinen Metallarbeiterverband zu gewähren, daß sie über in einer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht verändert werden.“ Auf die Ausführungen Wiesenthal, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe bis jetzt noch keine Erfolge et. et., erkläre ich, wo das der Fall sei, liege es immer auf den Mitgliedern, weil sie sündigen; wie man es ja auch bei der Ressort-Verantwortung seure. Wahr ist, daß Herr Wiesenthal mir sagte: „Ich brauchen noch jemand, so daß zum Beispiel Pariser oder Berliner Verband und du als Vertreter hinstellst.“ Da die Wiesenthal den Kommandat mit auf die Schulter ludet und saget: „Nied, nied, wie es ist, so einen müssen wir hier noch haben.“ Unmöglich ist, sich in Reichenbach selbst hätte, zum Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband einzutragen, wofür ich vielleicht, daß ich et hätte, der „Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband“ hätte ich einen, die diese Metallarbeiterverarbeit unter den Metallarbeitern, wie die Sächse und die Thüringer. Da ist der Verband den „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband“ ein fürchterliches ist. Es ist aufgezeigt, daß es nicht so ist, wenn es „Vorzeuge“ ist, daß die Organe verschwinden, und der Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Macht et. „...“ Das ist der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ich will keinen Zweck, ich will keinen Zweck. Herausgetreten. Wahr ist vielleicht, daß ich in die Sache nun wieder zurück, daß es eine Bevölkerung gibt, die nicht mehr daran glaubt, daß die Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Macht ist, die ja in dieser Bevölkerung steht. Wahr ist zweiter, wenn es „Vorzeuge“ ist, es kann im Interesse der Deutschen Metallarbeiter-Verbanden nicht so sein, daß der Allgemeine Metallarbeiterverband einen Eindruck von der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes machen kann, und kann nicht so sein, daß der Allgemeine Metallarbeiter-Verband eine Macht ist, die ja in der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, und die Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist eine Macht.“

Kollege B. hat seine „Berichtigung“ am 20. September, also 13 Tage nach der Versammlung geschrieben. Aus diesem Grunde kann die Berichtigung wohl enthalten, was Kollege B. jetzt sagen würde, nachdem die Geister auf ihn eingewirkt haben, welche die Bischrist veranlaßt haben, nicht aber enthält sie, was Kollege B. am 7. September in unserer Chemnitzer Versammlung tatsächlich gesagt hat. Es ist wohl die Frage berechtigt, ob die Geister bereits am 20. September in Chemnitz ihren Schatten vorauswiesen, welche am 21. September den Parteidag zum Recht gericht über Hildebrand werden ließen. Kollege Ziegler will nach seiner Bischrist in unserer Vereinsversammlung gesagt haben: „Ich vertrete stets den Standpunkt, den Mitglieder in volles Mitglied im mungsrecht zu gewähren. Ich bin daran auch in keiner Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gehindert worden. Wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband keine Erfolge erzielt hat, liegt es immer an den Mitgliedern, weil diese schlafen, wie man es ja auch bei der Leistung von Überstunden erkenne. Wenn man mit nachweist, daß es eine Gewerkschaft mit einer besseren Organisationsform gibt, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband es ist, so würde ich zu dieser übertreten. Es sei aber nötig, eine einheitliche Organisation aller Metallarbeiter anzustreben.“ Wir erklären dagegen, unser Bericht in Nr. 37 entspricht den Tatsachen. Allerdings waren wir uns bereits am 7. September darüber klar, daß Kollege B. veranlaßt werden wird, eine Berichtigung oder Erklärung an uns zu senden, wenn die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes steht, was B. in unserer Versammlung gesagt hat. Es ist fühlend zu beobachten, wie die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf jeden Seitenprung der wenigen Böde wacht, welche sie unter ihrer Herde hat. Die Redaktion.“ — Wenn es heißt, der Bericht ist am Tage nach der Versammlung in frischer Erinnerung niedergeschrieben, so wird damit eigentlich nie bestätigt, daß a b s t r a c t i c h die Angelegenheit falsch wiedergegeben ist. Oder sollte die „frische Erinnerung“ daher kommen, daß, wie es in Nr. 37 des Deutschen Metallarbeiter heißt — die „feindslichen“ Brüder noch bis gegen 3 Uhr in eifriger Diskussion bei einem Glase Bier versammelt waren? Bemerken muß ich noch, daß Baumgart mit am 22. September abermals die Zeitung zustellte und mich mit allen möglichen Versprechungen zu fördern suchte. Er wußt nicht immer wieder darauf hin, ich sollte den Kassiererposten bekommen, wenn ich übertrete, „denn ich sehe hier ganz allein“ — sagte Baumgart — „wir haben wohl noch Mitglieder, aber diese können kein Wort sagen.“ Als ich Baumgart darauf hinwies, daß der Bericht in Nr. 37 falsch sei, gab er mir zur Antwort: „Es ist ja gar nicht so schlimm, andere machen es ja auch so.“ Dann sagte er wieder: „Überlege es dir und komme zu uns. Was habt ihr denn, ihr habt ja gar kein Recht, ihr dürft doch nur ja und Amen sagen.“ Als ich ihm sagte: „Von eurer Versammlung bin ich soll, die Leute seien interesslos da und kein Mensch sagt etwas dazu, da könne ich doch aus dem Regen in die Traufe. Es würde die größte Dummheit sein, die ich machen könnte.“ Baumgart gab mir hierauf die Broschüre: „Wo sitzen die Verräter der Arbeitersklasse“ und sagte: „Na, da hast du hier die Broschüre, lies die und dann wirst du anderer Überzeugung werden.“ Ich war diesen Menschen nun endlich los und ich erklärte: Wenn ich für diese Personen noch etwas übrig halte, so bin ich kuriert, denn eine größere Demagogie lernte ich noch nie kennen. Und diese Menschen erlaubten sich, davon zu sprechen, daß die Demokratie hochzuhalten sei. Alfred Ziegler.

die Unternehmer selbst es bestätigt hätten. Dass es den „Christlichen“ nur daraus angelommen sei, im frühen zu fischen, gehe auch aus einer Neuzetzung Buchners hervor, der in einer Sitzung mit den Christ-Unternehmern und den Polen diese beiden Organisationen bestimmt habe, mit ihnen (den Christlichen) gemeinschaftlich Schluss zu machen, und bei der Gelegenheit gesagt habe: „Noch ist es Zeit; jetzt werden wir noch geschehen, nachher verschwinden wir in dem großen Kluftspalten.“ (Das heißt wenn die Arbeit von allen wieder aufgenommen wird.) Dazu muss bemerkt werden, dass die „Christlichen“ mit circa 150 Mann an der Bewegung beteiligt waren. Es kann aber noch besser. Zur Verhandlung mit den Unternehmern sollte eine Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, gewählt werden. Mit Rücksicht auf die Zahl der Beteiligten beanspruchten die freien Organisationen 6 Vertreter, während sich über das 7. Mitglied Christ-Dunkersche und Christliche miteinander verständigen sollten. Obwohl nun die Christlichen mit den Christ-Dunkerschen Abmachungen eingegangen sind, bei Bewegungen gemeinschaftlich vorzugehen, so eilläufig bei dieser Gelegenheit Buchner doch mit Bathoß: „Wenn wir auch sonst zusammengehen, so ist unsere Weltanschauung doch eine gründliche.“ Was die Weltanschauung mit der Arbeitszeitverkürzung zu tun hat, wird jedenfalls ein Geheimnis Buchners sein. Genug, es lies sich keine Einigung zwischen „Christlichen“ und Christ-Dunkerschen über die Beschädigung der Arbeitszeitvorschriften erzielen. Auf Grund ihrer Zahl wählten nun die letzteren ein Mitglied aus ihren Reihen. Die „Christlichen“ wählten zu ihrem Kommissionsmitglied den christlichen Vertrauensmann Mengen, der auch Vorstandsmitglied bei ihnen ist. Der Mann fasste aber seine Aufgabe sehr sonderbar auf, denn anstatt vormittags zur Verhandlung zu erscheinen, ging er früh als Arbeitsswilliger in den Betrieb. (Schallende Hölle! Also Unfall bei den „Christlichen“ an allen Ecken und Enden. Weiter wurden dann von „christlicher“ Seite Artikel in die Presse lanciert, in denen von den Christ-Dunkerschen berichtet wurde, diese hätten die Arbeit wieder aufgenommen, nun würden es die „christlichen“ Organisationen wohl auch ballo so machen. Es folgte dann die Wiederaufnahme der Arbeit durch die „Christlichen“; es war erreicht: Man wurde geschlagen! Noch ein anderer Beweis für die „ehrliche“ Kampfweise der „Christlichen“. Es war beschlossen worden, aus laizistischen Gründen auf einem Werke nur die Formel herauszuziehen. Die „Christlichen“ billigten das, und es wurden Henske und Linz (christlich) beauftragt, den Kollegen der Viekkerei diesen Bescheid zu übermitteln. Hierbei muss bemerkt werden, dass aus dem genannten Werk nur Sonnabends gefündigt werden konnte. Henske und Linz gingen also hin, um ihren Auftzug auszuführen und den Kollegen zu bestellen, dass sie an denselben (Sonnabend) Nachmittag ihre Mündigung einzutragen könnten. Henske tat wie beschlossen, andere aber Linz. Er bestellte seine Leute nur zu einer Versammlung auf den Abend. Natürlich war auch das nur ein „Mißverständnis“. Zum Schluss seines Referats bezahlte Kollege Henske sich noch mit Bellart, dem Schreiber des „Maulhelden“-Artikels. H. legte nochmals, wie es schon in der vorigen Versammlung geschehen, dar, durch welche Umstände er verhindert war, rechtzeitig zu der letzten Versammlung erscheinen zu können. Wer als Maulheld von den Versammlungsteilnehmern angesehen wurde, ging aus den nicht gerade zarlen, an die Adresse des Bellart gerichteten Zwischenrufen hervor. Nachdem Henske noch die eigenartige Kampfweise der „Christlichen“ bei Wöß in Garsie dt beleuchtet, schloss er seine mit brausendem Beifall aufgenommenen Ausführungen. — Wer geglaubt hatte, dass jetzt der tapfere Herr Bellart in die Arena steigen würde, der sah sich getäuscht. Er wählte der Kopfertelt besseren Teil und ließ zunächst seinen Kollegen Linz die Sachen in der nötigen Form verstreuen, damit die Blamage für die „Christen“ nur ja nicht eine zu große sein sollte. Was dieser Herr in seiner bekannten Art alles zusammensabulierte, ging wirklich auf seine Nase. In circa 1½ Stunden langen Redereien, in denen er auf die Sache nur herzlich wenig einging, versuchte Linz die Anwesenden einzuspielen. Als er merkte, dass er mit seinem Vorgehen keinen Erfolg hatte, versuchte er auf alle Art und Weise, die Versammlung zu provozieren, um sich dann als Richter aufzuspielen. Mit Bezug auf das christliche Kommissionsmitglied Mengen erklärte Linz, er könne es Menge nicht verdenken, dass er sich als Arbeitsswilliger betätig habe. Dann stellte sich Linz als solcher ehrlicher Seemann vor, beteuerte, er habe sein ganzes Leben lang schwer arbeiten müssen, führte weiterhin an, dass es doch unrecht sei, wenn man über den starken Buchner spreche, der sich nicht verteidigen könne u. s. m. Ein großer Teil seiner Ausführungen gingen in den städtischen Protestrufern der Zuhörer unter. Es ist dem Herrn alles andere gelungen, nur nicht, das Verhalten der Christen zu rechtfertigen. Nach Beendigung der Linzschen Aussführungen kündigte der Versammlungsleiter, Kollege Brändenbura, dass die „Christen“ nicht den geringsten Grund haben, sich darüber zu beschagen, dass der Hannoversche Streit jetzt auch nach Hildesheim übertragen werde. Seien es doch die Christen mit ihren verlorenen Flugschriften gewesen, die den Grund zu dieser Versammlung geboten hätten. Der nachfolgende Diskussionsredner, Genosse Wahnett (Holzarbeiter aus Hannover), bestätigte das, was schon von Henske über das Verhalten der Christen gesagt wurde. Darauf folgte, mit einem vielstimigen Ah! empfangen, Herr Bellart. Möglicher Langstrecke lachte er das, was sein Freund Linz schon gesagt hatte, alles noch einmal durch. Blech ist noch eine gelinde Zeichnung für das Sammelfutum, das er den Versammelten vorschrie, und „Blech!“ schallte es auch mehrfach aus der Versammlung an sein Ohr. Was Blechs Kind der Herr ist, geht daraus hervor, dass er trotz ausgedehnter Predigt durch den Kollegen Henske nicht begreifen wollte (oder konnte!), dass durch den Lohnzuschlag von 3,- pro Stunde gerade die schlechter bezahlten Leute, prozentual gesehen, am meisten profitierten. Welchen Unterschieden Gebrauch Linz und Bellart von der gewohnten Redefreiheit machen, geht daraus hervor, dass beide zusammen rund 2½ Stunden gesprochen haben. Trotz alledem war es dem Kollegen Henske in seinem Schlusswort ein leichtes, beide Herren auf ihre Widerprüche festzunageln, wie auch festzustellen, dass Linz als Geschäftsbuchhalter es einem Vorstandsmitglied der Christen nicht verdenken kann, wenn dasselbe als Kommissionsmitglied arbeitswillig wird, wie zum Beispiel dem christlichen „Kollegen“ Mengen. Henske bezeichnete das lächerliche Beginnen der „Christen“, die, wenn sie in einer Bewegung auch nur mit einem einzigen Mann beteiligt stand, mit diesem einen Mann von Vereinzbureau zu Vereinzbureau laufen, wie Bellart bei der letzten Schwedebewegung in Hannover gemacht habe. Zum Schluss verlas Henske noch einen Urteil, der von dem Herrn Linz an einen Unternehmer geschrieben war und aus dem so recht hervorging, in welcher geradezu erbärmlichen Weise man sich bei den Unternehmern in einschlägige Erinnerung zu bringen versucht. Es wurden also dann vom Kollegen Brändenbura noch einzelne Vorkommissare aus Hildesheim angeführt, die auch zu einer richtig Choresierung der Christen beitrugen. Wie diese heute die Vertretung von Arbeiterinteressen aussäßen, dafür folgendes Beispiel: Belegentlich des letzten Volksfestes setzte die bleibende Wahlstelle des christlichen Maurerverbandes Fahnenweihe. Das Geld für diese Fahne hatte man teils in Arbeiterkreisen, teils von den Unternehmern des Bauberufes zusammengesucht. Natürlich durften die christlichen Metallarbeiter nicht zurückstehen. Sie stifteten eine Fahnenstange und gaben dann Sammelblätter heraus, um die Kosten für dieses Geleichek wieder aufzubringen. Mit folgenden erstaunlichen Sätzen machte man die Herzen der Mitglieder schwer und te Geldbeutel leichter: „Werke Kollegen! Am Volksfestmontag beginnt unser Bruderverband, die Wahlstelle der Maurer, das Fest der ehrenwerteste. Unsere Kollegen wollen ein Emblem haben, um dieses sie sich sammeln, welches ihnen als Sammelzeichen voransteht. Kollegen! Die Wahlstelle der Maurer als erste christliche Betriebsorganisation am Orte feierte Fahnenweihe. Vor dem Aufzuge durch die Stadt wurde die Fahne auf dem Marktplatz, dem Platz der Lessentätigkeit, durch ein Mitglied des Magistrats, Herrn Senator

rechte christliche Gewerkschaftslehre eingeweiht, ein Beweis, daß unsere Bewegung vor dem Magistrat der Stadt, als auch vor den Bürgern in nicht zu verleugnender Weise steht. Kollegen! Was lag uns näher, als in diesem Augenblick unserer Kollegen vom Maurerverband vor aller Welt zu befinden? Dieses haben wir durchgetan, doch wir eine Fahnensturz sitzen und selbst noch erfolgter Weihe anstreben. Um die Kosten hießt (12 M.) zu decken, ohne weitere Schwierigkeiten heraufzuschwören, beschloß der Vorstand unserer Ortsgruppe am 3. August, eine Sammlung aufzustellen. An alle Kollegen appellieren wir nun, ein Scherlein zu spenden, um, wie oben angeführt, die Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Die Solidarität, die Einigkeit, soll uns zu weiterer gemeinsamer Arbeit gute Dienste leisten, deshalb ziehen ein jeder Kollege eine Kleinstteil auf der Rückseite dieses Blattes. Mit Kollegalem Gruß Der Vorstand. F. A. H. Eggeling.

Um dies Vorgehen in seiner ganzen Schönheit würdigen zu können, muß man wissen, daß der Herr Senator Gleichen, der die Fahne geweckt hat, ein Vannuutternehmer, und zwar seiner von den zahlreichen in Nachdem Kollegen Brandenburg nach so rascher Agitation aufgesordnet hatte, damit recht bald die "christliche" Metallarbeiterorganisation in Oldesheim erledigt sei, wurde die Versammlung, die fünf Stunden gedauert hatte, mit einem brausenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

**Berlert.** Der Christo-Dundersche Strategie H. Ingenshosen, Beitragsleiter der Kirche für Düsseldorf, ist sehr betrübt, daß ihm wieder einmal die Hölle fortgeschwommen sind. In den Mitteilungen zur Information für die Vertrauensmänner Nr. 28 verbraucht er fünf Seiten, womit er seiner auf den Hund geratenen Organisation wieder etwas auf die Peine zu hessen sucht. Denn immer rückwärts geht es mit der so "kraftvollen und zielbewußten" Organisation der Kirche. Rüchtlicher während ist Ingenhoven, daß es ihm nicht gelingt ist, die Erkenntnis durchzusetzen, die dahingehet, den gegnerischen Organisationen bei Bewegungen, an denen die Kirche nur mit wenigen Mitgliedern beteiligt sind, Ungelegenheiten zu bereiten, recht radikal einzutreten, um die gegnerische Organisation ständig schwach zu lassen und dann nachher das Kampfjedt für sich abzugrenzen. In Velbert drohte der Unternehmerverband wegen der Lohnbewegung bei der Firma Höhage mit einer Aussperrung, zu der Zeit, als unsere Kollegen in Hannover, Halle, Magdeburg in der Aussperrung standen. Das Objet, um das es sich handelte, war nicht weiß, um es gerade zu dieser Zeit zu einem größeren Kampfe kommen zu lassen. Es ist sicherlich ein schlechter Führer, der die Kräfte im Kampf nach auseinanderzieben läßt; aber davon herren so die Kirche mit ihrem Sohn voll Mitgliedern in den einzelnen Städten, nichts, deshalb nehmen auch die Leute den Mund und beide Seiten recht voll. So auch in Velbert, wo der Gewerksverein sage und schreibe mit einem Mitglied an der Bewegung bei Höhage beteiligt war. Ein Mitglied hatte es vorgezogen, nicht mit den anderen Arbeitern die Kündigung einzutreten. Der Strategie Ingenshosen war aber während der Bewegung fast immer in Velbert, er brachte sich da später als Spione des wirtschaftlichen Kampfes betätigen zu können, um wenigstens in Velbert an seinen zwei Dutzend Mitgliedern noch einige zu bekommen. Die Kirche sind die richtigen Kampfsoldaten: Mitglieder, die bei uns wegen Nichtbefolgung von Beschlüssen ausgeschlossen werden, nehmen auf. Sie mit kleinen Arbeiten auf. So sagt Leute aus einer andern Organisation, die mit den Heiraten zu lange Friedensläufe haben, läßt man unter Anrechnung der Volljährigkeit übertragen Alles nur, um nicht noch schneller an Bedeutungslosigkeit zugrunde zu gehen. Ingenhoven macht ja die wundervollsten Künste, um die Schwäche seiner Organisation zu verbauen. Und weil die Kirche nur immer mit wenigen Mitgliedern beteiligt sind, reicht er die Klappe alleinlich weit auf. (Das heißt, wenn er auch schwierige ist, deshalb lädt er auch seinen Koch in einem Jürkler ab, damit wir es nicht so leicht erfahren sollten.) Wir empfehlen dem Christostrategen, sich die Ohren einige Zentimeter weiter nach hinten zu ziehen, dann kann er vielleicht sein Klappermannschild noch besser benutzen. Ingenhoven hat sich bei der Bewegung einmal gezeigt, wie er in Wirklichkeit ist. Dieselbe Taktik wollte er anwenden, die 1906 sogar von seinem Vorstand und auch von dem Zentralsatzschiff Goldschmidt öffentlich bestreitet wurde. Nach dem Vampirspiel des Ancienschen ist es den Anschein, als ob Mutter Natur ihn mit einem Herzen von übernatürlicher Größe für die Arbeiter ausgestüstet habe, doch haben wir den "alten ehrlichen" Seemann mit seiner heidnischen Taktik erkannt. Und das mag jetzt Ingenhoven merken; so kann wie er uns einschlägt, und wir nun etwas nicht, die Erfahrung wird er noch öfter machen müssen. Ein Ingenhoven bringt es nicht fertig, daß wir leichtsinnigerweise mit Arbeitserträgen umzugehen, auch sind wir nicht dafür zu haben, eine Taktik à la Gleichen, wie er sie anwenden wollte, zu über oder auf eine solche heranzuzuladen. Mögen doch die Herren Kirche einmal zeigen, was sie aus eigener Kraft können, da werden sie allerdings nichts anführen können. Auch ist es nicht wahr, daß ein Mitglied der Velberter Ortsverwaltung etwas aus der Sitzung ausgerauscht hat. Dies hat, wie später durch eine Untersuchung festgestellt worden ist, das Christo-Dundersche Mitglied gesagt, daß der Strategie Ingenshosen immer bei sich hatte. Es ist nur gut, daß dieser Mensch sich selbst enttarnt hat.

**Wartstein.** Im Regulator Nr. 39 ist auf unserer Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 37 eine Antwort erschienen. Das muß man den Christo-Dunderschen Schreibern lassen: Endlich sind sie geblieben, sie sagen nicht wie Gleichen: "Der Gegner liegt", denn sie haben alles, was wir geschriften, bestätigt, nur ein wenig, was man versprechen kann, abgeschwächt haben sie es. Nun, das wollen wir ihnen vergeben, wir verstehen ihren Schmerz, denn die Wahrheit, gut eingerichtet, tut weh. Unser Artikel sagt den Christen doch an die Mieren gegangen sein, dann ihr General von der Bezirksleitung kam nach Wartstein geladen, riet ihnen, haben sie zusammen, und sie legten sich auf den Tischen und schrieben in der Zeitung, was zusammen zu können, einen endenhalb Spalten langen Artikel an. Aber o nein, die Bombe, die sie geladen haben, ist nicht in unserem Lager explodiert, sondern in ihrem eigenen. Denn selbst Christo-Dundersche Mitglieder haben über die Situation im Regulator mit dem Kopf gekämpft und um ein mildeßiges Lächeln dafür übrig. Aus dem Regulator ersehen wir, was die Kirche für gute Rechte sind. Haben so die Hammermeister aus "Gerechtigkeitsgefühl" ihren Hammerführern die 2 Prozent abgenommen und sich zugesetzt? Im Regulator heißt es deshalb: "Man wird hierdurch allen Fleißleidern an dem Arbeitsplatz gerecht." Wenn nun, jowohl Gerechtigkeitsgefühl haben die Schmiede gar nicht. Den Schmieden der ganzen Region ging es nur darum, nicht mehr 48 Prozent, sondern wie die Schmiede der halben Region 50 Prozent zu belohnen. Denn man kann hören, wie sie sich darüber: "Jenen Füßen gerade so gut 50 Prozent zu, wie den Schmieden der halben Region, und ihren Füßen füßen nicht 50 Prozent, sondern 10 Prozent wie denen der halben Region zu." Das die Schmiede auch 50 Prozent verlangten, wollen wir ihnen gar nicht darüber, sie machten aber die 2 Prozent von der Firma herunter und nicht ihnen führen sie abziehen. Dies gilt es, die gesetzte Fortsetzung der Fortsetzung, dann kommen also: der Schmied, der Schreiber und der Führer etwas. So aber hat der Schreiber nichts bekommen und dem Führer ist abgegangen worden. Wenn nun bei diesen Maßnahmen der Schmied und der Hammerführer einzige Prozente abnehmen (die dem Schreiber abgegangen sind), so zeigt das, daß sie Unrecht ausgeübt werden, denn wir sagen nicht ein, daß der Schreiber, wenn er es einmal leichter hat, auch leichter behandeln soll. Wenn der Schmied und der Führer dementsprechend mehr leisten müßten, ja soll nun der Führer ein Fünftel bezahlen und nicht dem Schreiber etwas abgezogen werden. Nur kann nicht denn auch im Falle die Schreiber ihre Prozente gefordert und erhalten. Die Fazit: wir den Hammermeistern, die der Schmieden keine zugestanden habe, in nun doch nicht so detailliert, wie sie angezeigt wurde. Wenn die Christo-Dundersche, die Schmieden waren nur zugestanden gewesen, so fallen sie ja ihnen füßen, das das Hammermeister auch keine zu Arbeit geben. Die Betreffenden sind ja leider dabei drange-

gangen, daß selbst Gewerksvereiner sich ins Mittel gelegt, aber zur Antwort bekommen haben: "Der (der eigene Kollege) sollte nur ganz zu den Genossen gehen, der gehört ja doch schon dazu." Diesem noch Worte hinzusehen, würde die Wirkung nur ab schwächen. Wenn wir schreiben: "Wenn von vorneherein mehr Ernst bei der Sache gewesen wäre, wäre mehr herausgekommen", so das mit Recht. Deutet nur ja nicht an, als wenn das von unserer Seite nötig gewesen wäre! Soviel kennt man die Verbände hier. Wir aber können behaupten, daß von der Gewerkschaftsleitung nach allen Regeln der Kunst geblieben ist. Und wenn der Betriebsführer gewahrt wurde, wie sie sich bei Auflistung der Forderungen in die Haare fuhren, hatte er schon bald gewonnen. Was die Kirche damit wohl beabschlagen, wenn sie schreiben: "Hier sollte der Kreiselschreiber, der im Nebenamt auch Genossen ist" u. s. w.? Ob sie damit unsern Kollegen bei seiner Frau benutzten wollen? Ne, ihr Kirche, die weiß das, also verlorene Michel. Dann beschweren sich die Kirche, daß wir sie mit der Nasen drausgestochen haben, daß sie, als beim Betriebsführer nichts mehr zu erreichen war, bei der Direktion hätten vorstellig werden müssen, daß sie aber die Bewegung abmürkten. Sie würden sich von keinem Vorwurf machen lassen! Dann sollen sie es sich aber sagen lassen, daß sie zum Führen von Bewegungen noch vieles, ja sehr vieles zu lernen haben. Und wo es nötig ist, da werden wir schon mit der Kritik einsehen. Die Gewerkschaftsleitung bei dieser Bewegung sollen als vorläufige Abschlagszahlung hingenommen werden, so schreiben sie weiter. Donnerwetter, was sind die Kirche doch für tüchtige Kerle. Als wenn es ihnen ein Leichtes wäre, alle viertel oder halbe Jahre eine Lohnbewegung zu machen. Es soll uns wundern, wenn sie sich der Zeitpunkt gemeinsam ist, die zweite Rate zu holen, wahrscheinlich werden wir da auch wohl nochholen müssen. Dann soll einer unserer Kollegen, als er an Stelle eines beruhigten Ausschussesmitgliedes mit vorstellig werden sollte, das abgelehnt und seine Forderungen zurückgeworfen haben. Darauf müssen wir euch Wahrheitsapostel erwidern: Erstens war dieser Kollege nicht in der Versammlung dabei gewählt, und zweitens war es euch Kirche doch gewiß kein Ernst damit, denn hinter dem Rücken habt ihr gelacht! Uebrigens hätte es nicht vorher einer von euch schon abgelehnt? Die niedrigen Stundenlöhne, die wir in unserm Artikel gestellt hatten, entschuldigen die Schreiber des Gleisensblattes damit, daß da, wo verschiedene Arbeiten und Leistungen, auch die Löhne verschieden sind. Wörtlich aber schreiben sie: "Festgestellt sei jedoch, daß im Eisenhammert durchschnittlich mehr als in anderen Werken Wartsteins verdient wird." Eine solche Dummkopf zu schreiben sind auch nur die Kirche fähig. Ja, wir glauben: so sind die Gedanken des Unternehmers noch nicht um den Punkt gegangen. Bestätigen sie da im Regulator, daß sie mehr verdienen als alle anderen. Nur bei den Hammermeistern trifft das zu, das ist aber auch kein Argument mehr, das ist Schuft, ja ein Wettrennen unter sich, kann man sagen. Sie haben auch mit ihrer Arbeitskraft Raubau getrieben. Alle anderen müssen schon, um einigermaßen zu verdienen, 11 Stunden arbeiten, Verlustunden sind dort ganz und gäbe. Nicht wenig freuen sich die Kirche über den Vorfall der beiden Direktoren des Werkes aus ihrem vorausgegangenen Verbandsseite. Ihnen wäre jeder willkommen: Direktoren oder sonst jemand u. s. w. Meisterei waren die Herren bei ihnen Mitglied, denn im Statut von 1899 heißt der § 3: "Mitglied kann jeder im Maschinenbau, Eisengießerei, Eisen- und sonstigen Metallwarenbetrieben beschäftigte Arbeiter werden, welcher das 14. Lebensjahr vollendet hat, der gleichzeitig Arbeitgeber dieser Firma ist." Über 40 Jahre hat der Gewerksverein diesen Passus im Statut gehabt, und es ist zu glauben, daß die Unternehmer recht viel Gebrauch davon gemacht haben. Eine kleine Arbeiterorganisation, was? Dann meinen die Kirche, der Streik von 1902 (den wir im vorigen Artikel erwähnt haben) hätten nur sie gerettet. Sie schreiben: "Ein Glück war es, daß der Gewerksverein, wenn auch nur in der Minderheit, mit daran beteiligt war. Denn sonst, wenn es nach einem Führer des Verbandes (gemeint ist unser Bezirksleiter Kollege Spiegel) gegangen hätte, wäre der Streik nach drei Monaten beendet worden, so aber dank dem Vorhandensein der Gewerksverein ist die Bewegung, wenn auch nach fast halsbürtigem Streik, mit einigermaßen Erfolg beendet worden. Dokumente hätten sie dafür in Händen." Vom Wartstein weiß nun, daß damals gerade unter Verband den Streik mit vollem Erfolg beendet hat. Von alzu großer Wichtigkeit werden die Dokumente nicht sein, denn sonst wären sie in den 10 Jahren schon zur Agitation gegen uns gebraucht worden. Uebrigens wird ihnen wohl der Kollege Spiegel in dieser Sache die Antwort nicht schmädigbleiben. Esch aber der Generalrat in Berlin seinen Generalsekretär Wauh dienter sonst, der sich dann hier äußerte: "Wenn es eben geht, muß der Streik abgebrochen werden, wir haben da in Werdohl noch einen" — dann sagen die Kirche nichts! Wenn nun die Kirche meinen, sie hätten das Vertrauen der Werkeleiter verloren, so irren sie sich. Richtig ist die Sache leider wie hier im Gewerksverein. Sie haben hier einen der arbeitsfähigsten Vereine von ganz Deutschland, aber nur wegen ihrer billigen Beiträge. Die Werdezahl von ihnen, der Vorstand an der Spitze, gingen geru zu den Ehren, wenn die auch nur 50 % erheben würden, denn zu dem arbeitsfähigen Männerverein gehören sie ja schon Wunder bat sich von ihren Angestellten leben lassen, in denen sie nach Art des bisherigen Falles ihre Unterstützungen anpreisen. Zum Beispiel nach 20 Jahren 30 %, ein ganzes Erstteil. Das sie dann aber auch, um dies zu beenden, in der Krankenkasse sein müssen und dann ebenso gut 30 % bezahlen wie wir im Verband, daran wird nicht gedacht. Nur 30 % — das ist das Ausnahmefäll. Damit mögen es sich alle Gewerksvereine, die es noch ernst meinen mit dem Organisieren der Arbeiter, die möglich durch die Organisation ihre Lage verbessern wollen, überreden, ob es für sie nicht besser ist, zum Deutschen Metallarbeiter-Verband überzutreten, wo ihre Interessen elbwandfrei und energisch vertreten werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preußischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preußischen Landtag unterscheiden wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausschüsse für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeitersklaven die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niemand vertreten, den politischen Fortschritten im wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeitersklaven die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niemand vertreten, den politischen Fortschritten wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeitersklaven die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niemand vertreten, den politischen Fortschritten wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollständig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die legitime Grundlage für die Zusammensetzung des preußischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebensoviel entspricht, wie die von diesem Landtag in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

#### Nachträgliches vom Chemnitzer Parteitag.

Der Antrag 90, der auf dem Berliner sozialdemokratischen Parteitag angenommen wurde, nach dem die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai seines und seinen Vorauswahlrechts erledigen, verpflichtet sind, an die Partei und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben, hat den Chemnitzer Parteitag bestimmt nicht nur deshalb bestätigt, weil seine Aufstellung mehrfach verurteilt war, sondern auch, weil er über einen Antrag auf Ausschluß von drei Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und einer Berufung dieser drei Beamten zu verfügen hatte. Unsere Kollegen Haas, Echeler und Lieber in Dresden hatten am 1. Mai 1911 dringende unausstehbare Arbeiten zu erledigen, weshalb sie sich weigerten, den Tagesverdienst abzulegen. Der Kreisvorstand schied die Gründen der drei Kollegen nicht geltend und stellte beim betr. Bezirksvorstand den Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Der Bezirksvorstand lehnte den Antrag ab. Er hielt sich aber auf den Standpunkt, daß die drei treuen Tagesverdienst hätten abliefern müssen, trotzdem sie am 1. Mai hatten arbeiten müssen. Ihr Verhalten verdiente Kadel. Der Kreisvorstand hat sich deshalb bestätigt, von den drei keine Beiträge für die Wahlkreisliste mehr anzunehmen und auf ihre Mitgliedschaft zu verzichten. Das Schiedsgericht erachtet, daß dann in der Sache zu urteilen hatte, lehnte ebenfalls den Ausschluß mit 6 gegen 1 Stimme, aber auch die Erteilung einer Füge ab. Der Kreisvorstand forderte dann die drei zur Abführung ihres Tagesverdienstes auf, was diese verweigerten. Sie legten gegen das Schiedsgerichtsurteil Berufung an den Parteitag ein, um eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeizuführen, ob sie zur Ablieferung des Tagesverdienstes verpflichtet seien.

Die Verhandlungen im Plenum des Chemnitzer Parteitages gestalteten sich nach dem Bericht des Vorwurfs wie folgt:

"Vimbert: Drei Beamte des Metallarbeiter-Verbandes in Dresden hatten, wie Russell bereits bemerkte, zum 1. Mai 1911 ihren Tagessohn nicht abgeliefert, weil sie unausstehbare, wichtige Arbeit geleistet haben. Das Schiedsgericht erkannte die Rechtmäßigkeit und unauflösbarkeit dieser Tagesverdienst ab, und die drei treuen Tagesverdienst hätten abliefern müssen, trotzdem sie am 1. Mai hatten arbeiten müssen. Ihr Verhalten verdiente Kadel. Der Kreisvorstand hat sich deshalb bestätigt, von den drei keine Beiträge für die Wahlkreisliste mehr anzunehmen und auf ihre Mitgliedschaft zu verzichten. Das Schiedsgericht erachtet, daß dann in der Sache zu urteilen hatte, lehnte ebenfalls den Ausschluß mit 6 gegen 1 Stimme, aber auch die Erteilung einer Füge ab. Der Kreisvorstand forderte dann die drei zur Abführung ihres Tagesverdienstes auf, was diese verweigerten. Sie legten gegen das Schiedsgerichtsurteil Berufung an den Parteitag ein, um eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeizuführen, ob sie zur Ablieferung des Tagesverdienstes verpflichtet seien.

Die Verhandlungen im Plenum des Chemnitzer Parteitages gestalteten sich nach dem Bericht des Vorwurfs wie folgt:

"Vimbert: Drei Beamte des Metallarbeiter-Verbandes in Dresden hatten, wie Russell bereits bemerkte, zum 1. Mai 1911 ihren Tagessohn nicht abgeliefert, weil sie unausstehbare, wichtige Arbeit geleistet haben. Das Schiedsgericht erkannte die Rechtmäßigkeit und unauflösbarkeit dieser Tagesverdienst ab, und die drei treuen Tagesverdienst hätten abliefern müssen, trotzdem sie am 1. Mai hatten arbeiten müssen. Ihr Verhalten verdiente Kadel. Der Kreisvorstand hat sich deshalb bestätigt, von den drei keine Beiträge für die Wahlkreisliste mehr anzunehmen und auf ihre Mitgliedschaft zu verzichten. Das Schiedsgericht erachtet, daß dann in der Sache zu urteilen hatte, lehnte ebenfalls den Ausschluß mit 6 gegen 1 Stimme, aber auch die Erteilung einer Füge ab. Der Kreisvorstand forderte dann die drei zur Abführung ihres Tagesverdienstes auf, was diese verweigerten. Sie legten gegen das Schiedsgerichtsurteil Berufung an den Parteitag ein, um eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeizuführen, ob sie zur Ablieferung des Tagesverdienstes verpflichtet seien.

"Lipinski (Leipzig): Ich halte das Urteil in der Formulierung für falsch. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß es noch Annahme der Erklärung der Geschworendekommission aufgehoben und das Verfahren eingestellt wird.

"Wirth (Dresden): Dem 1. sächsischen Landtagswahlkreise soll nach dem Verhältnisse der Bevölkerung eine Füge erteilt werden, weil er gegen das Statut gehandelt hat. Aber die Geschworendekommission hat es nicht für nötig gehalten, die Arbeiter des Kreises zu fragen, watum sie die Beiträge nicht liefern haben. Die Kommission kann den Parteitag auf, bis zum Abschluß des Verfahrens weiter zu lassen. Einer der drei wollte am 1. Mai losmachen hier statt, am 1. Mai 1912. Red der M.-Sgt. keinen Tagesverdienst noch abführen, erhielt aber keine Gelegenheit dazu. Niemand wurde gesagt, er und die anderen seien keine Mitglieder mehr. — Einstimmig ist die Kommission der Meinung, daß dieses Verfahren durchaus zu missbilligen ist.

"Kostelec (Prag): Die Kommission beantragte folgendes: Der Parteitag möge entscheiden, daß Genossen, die am 1. Mai verpflichtet sind, bennisch tätig zu sein, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht in der Pflicht stehen. Der Antrag bezweckt, die noch vorhandenen Streitigkeiten wegen des Beitragses zu einem Teil aus der Welt zu schaffen.

"Lipinski (Leipzig): Ich halte das Urteil in der Formulierung für falsch. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß es noch Annahme der Erklärung der Geschworendekommission aufgehoben und das Verfahren eingestellt wird.

"Wirth (Dresden): Dem 1. sächsischen Landtagswahlkreise soll nach dem Verhältnisse der Bevölkerung eine Füge erteilt werden, weil er gegen das Statut gehandelt hat. Aber die Geschworendekommission hat es nicht für nötig gehalten, die Arbeiter des Kreises zu fragen, watum sie die Beiträge nicht liefern haben. Wir haben beantragt, drei Genossen auszuschließen. (Zuruf: Wann und wo?) Die Alten sind aus meiner Hand an den Parteivorstand gelangt und bis heute noch nicht zurückgekommen. Bekannterweise wurde durch Pfannlach erklärt, daß die drei das formale Recht auf ihrer Seite hätten. Wohin sind wir dann gekommen, daß wir den Genossen beibringen, die nur ein formales Recht haben? Wenn es nicht Genossen in hervorragender Stellung gewesen wären, würde man nicht so viel Mümpfe damit machen. Wir wußten unter Verhältnissen mit dem Statut nicht übereinstimmen, wir wußten aber keinen andern Weg.

"Püller (vom Parteivorstand): Es kann nicht die Rechte haben, die jedem, der notwendige Arbeit leistet muss, gezwungen zu, den Tagesverdienst abzuführen. Nicht aus materiellen Gründen, sondern aus der Tatsache, daß die drei das formale Recht auf ihrer Seite hätten. Wohin sind wir dann gekommen, daß wir den Genossen beibringen, die nur ein formales Recht haben?

"Wirth (Dresden): Wenn es nicht für nötig gehalten, die Arbeiter des Kreises zu fragen, watum sie die Beiträge nicht liefern haben?

"Kostelec (Prag): Wirth sprach von Verlust, die nach beiden Seiten nach einem Ausweg gesucht hätten, um sich um bestimmte Parteidokumente herumzudrehen. Es handelt sich nicht um Ausflüchte, sondern um vollkommen berechtigte Ablehnung ganz ungünstiger Zusammensetzung. Wir wissen, daß die drei Genossen am 1. Mai nicht gearbeitet, sondern auch eine schwere Verantwortungsvolle Tätigkeit hatten. Am 20. und 21. April war die große Aussperrung der Metallarbeiter in Chemnitz zu Ende gegangen, und die Einstellung sollte sich wieder vollziehen. Dabei stellten sich die größten Schwierigkeiten heraus, weil immer wieder Unterbrecher versuchten, einzelne unserer Leute zu maßregeln. Haas und die anderen Genossen aus der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes kamen deshalb aus dem Landtag zu einer Versammlung mit Unternehmern. Wie ist die Sache nun mit dem vierten Kreis? Dieses des Beitragses des Schiedsgerichtes, daß die drei Genossen weiter Mitglieder der Organisation seien, hat sich der Kreis geneigt, Beiträge von ihnen entgegenzunehmen. Wirth

## Rundschau.

### Der preußische Wahlrechtskampf.

erklärt, daß er mit Bewußtheit beharrlich gegen das Parteisstatut gehandelt hat. Er sagt: „Wir brauchen uns an Formalien nicht zu halten. Löten wir es, dann spüren wir Wirth heute ausgeschlossen. Er hat allen Grund dazu gegeben.“ (Sehr richtig!)

W. L. b.: Helmuth hat verfügt, eine Panne für die drei Ge- nossen zu brechen. Seine Ausführungen stehen aber im Widerspruch zu den Aussagen der drei. Haas wußte nicht, was er am 1. Mai getan hatte, während sieben in Dresden gejohren war. Wer die drei nicht ausschließen will, der billigt indirekt ihr Verhalten. (Oho!)

Vorlesender N. O. S. e.: Die Beschwerdekommission empfiehlt eine Declaracion zu 90, wonach Genossen, die am 1. Mai beruflich tätig sein mußten, zur Abstetzung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet gewesen sind. Ferner teilte Noske mit, der Berichterstatter der Be- schwerdekommission habe erklärt, daß die Kommission keinen Weit- darauf lege, dem vierten sächsischen Kreis eine Rilge auszusprechen. Der Antrag Olphinst bestreitet durch die Ablehnung der Declaracion erledigt. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.“ —

Die Angelegenheit hat nach dem Parteitag in Dresden noch zu ledigsten Auseinandersetzungen geführt, weshalb wir ersuchen werden zur Aufnahme der folgenden

#### Eckla rung:

Wir jetzt haben wir es unterlassen, die seldige Maisterbeitrags- Angelegenheit in der Leistungsfähigkeit leidende zu erörtern, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß Leute, die Oberspitze währen wollen, die vorgeführten Instanzen zur Eredigung ihrer Angelegenheit berufen müssen. Das haben wir in dieser Sache in vollem Umfang getan, obwohl diejenigen, die sich in dieser Affäre als die Kapitolswächter auspielen, uns fortgefecht und fortgesetzt in der Presse durch den Schmuck zogen, wenn sie sich auch gar nicht die Mühe genommen haben, den Sachverhalt irgendwie zu klären.

Wenn ich jetzt von dieser Reserve abkomme, so geschieht es aus dem Grunde, endlich einmal mit den fortgesetzten Verdunstungsver- suchen, die von anderer Seite unternommen werden, aufzuräumen. In seiner Erklärung in Nr. 232 der *Deutsche Volkszeitung* behauptet Fleißner folgendes: „Tatsache ist, daß Haas für den 1. Mai nicht nachgetreten ist, was für nötige Ge- werkschaftsarbeit er an diesem Tage getan hat.“ Hier warte ich die Frage auf: Woher hat denn Fleißner die Kenntnis von der „Tat- sache“? Wie hat Fleißner denn diese „Tatsache“ festgestellt? Diese Behauptung Fleißners beweist, wie leichtfertig in diesem Falle „Tat- sachen“ festgestellt werden.

Fleißner hat von vornherein in seiner Eigenschaft als Bezirks- vorstandemitglied in dieser Angelegenheit auschließen respektive geurteilt, ohne uns nur gehört zu haben. Er hat bis auf den heutigen Tag auch noch keine Gelegenheit dazu genommen, uns zu hören. Er war nicht im Schiedsgericht. Schäpft Fleißner vielleicht seine ganze Kenntnis aus der diesbezüglichen Behauptung des Genossen Wirth auf dem Parteitag? So soll hiermit festgestellt sein, daß Wirth auf dem Parteitag in dieser Hinsicht die Unwahrheit gesagt hat. Es ist ihm hier vielleicht ein Fehler unterlaufen, der durch die Erregung, in der er sich dort befand, entstehbar ist und er hat sich in dieser Hinsicht vielleicht im guten Glauben befunden, was ich hier offen lassen will. Ich will nun aber feststellen, daß ich lange vor der Schiedsgerichtstagung in einem Schreiben vom 21. September 1911 an den Parteivorstand schon mitgeteilt habe, was mich am 1. Mai zur Arbeit gezwungen hat. In dem Schiedsgerichtsurteil vom 12. Dezember 1911 wird folgendes gesagt:

Das Schiedsgericht hat auf Grund der Bevölkaufnahme als festgestellt angesehen, daß die Genossen Haas, Viehe und Scheffler am 1. Mai 1911 im Interesse ihrer Gewerkschaft Berufsaarbeit geleistet haben und daß ein Teil dieser Arbeit nicht auf die folgenden Tage verschoben werden konnte.

Hier muß man wieder die Frage aufräumen: Wird diese Feststellung des Schiedsgerichts durch die Behauptung Fleißners zur Unwahrheit? U. A. w. g.

Ich will aber zur Klärung des Sachverhalts noch folgendes anführen. Es ist bei uns üblich, daß wir vorgedruckte Tätigkeitsberichte für jeden Monat auszufüllen haben. Diesen meinen Tätigkeitsbericht für Mai habe ich dem Schiedsgericht vorgelegt, und aus diesem Tätigkeitsbericht ging ohne weiteres hervor, daß ich am 1. Mai in Chemnitz verhandelt habe. Ich habe zu dem ichtzitierten Bericht unbedingt noch erklärt, daß ich am 1. Mai in Chemnitz mit verschiedenen Streikkommissionen einzelner Betriebe Verhandlungen pflegen mußte, daß ich des weiteren mit dem Sekretär des Metallindustriellenverbandes ebenfalls drei Verhandlungen hatte und daß ich außerdem in verschiedenen Betrieben verhandelt habe und lediglich zu letzteren erklärt: Ich bin allerdings nicht in der Lage, im Moment nachzuweisen zu können, in welchen Betrieben ich überall an diesem Tage verhandelt.

Wer, wie der Genosse Helmuth weiß, in welch kolossalem Maße ich vom Februar bis zum April (28. April bis 5. Mai) durch Verhandlungen mit Unternehmen in Anspruch genommen war, der wird es auch verstehen können, daß ich in dem Moment vor dem Schiedsgericht nicht im einzelnen in der Lage war, sagen zu können, in welchen Betrieben ich gerade am 1. Mai überall verhandelte. Zum Beispiel will ich feststellen, um ein Bild zu geben, inwieweit sich die Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmen nach erfolgtem Friedensschluß noch notwendig machen, daß ich am 4. Mai gezwungen war, den ganzen Tag mit dem Sekretär des Metallindustriellenverbandes, Herrn Sachse, im Auto von einem Betrieb zum anderen fahren zu müssen, um nur durchzukommen. Zum Schluss will ich noch bemerken, wenn wir in diesen ganzen Dingen bis jetzt trotz aller Angriffe in der Presse, die schon früher erfolgten, geschworen haben, so geschah es im Parteinteresse, weil in dem Moment, wo wir die ganze Angelegenheit ausgerollt hätten, die Partei wegen dieser unerhörten Verstöße, die sich in diesem Falle die einzelnen Parteinstanzen haben auszuhören lassen, an Unseren wirklich nicht gedachten hätte. Die Behauptung, die uns in dieser Angelegenheit zugeordnet worden ist, die geht noch weit über das hinaus, was der preußische Klichennrat im Falle Ratho und Taub geleistet hat.

Dies geht ja auch für jeden, der es verstehen kann und will, aus dem Bericht der Beschwerdekommission auf dem Parteitag deutlich hervor. Ich vertrate hier nur auf die Bemerkung des Genossen Rössel (Leipzig) als Berichterstatter der Beschwerdekommission, der dort von administrativem Verfahren gesprochen hat, das man ja belästiglich nur im Aufländend leuchtet.

Gus möchte ich aber nur noch bemerken, daß diese ganze seldige Angelegenheit keinesfalls die Dimensionen angenommen hätte, wenn der Bezirksvorstand unter Mitwirkung Fleißners nicht ein solch administratives Verfahren beliebt und das getan hätte, was selbst überausliche Gerüchte jedem Angestellten gewährten, nämlich uns Gelegenheit zur mündlichen Ausschreite zwecks Klärung respektive zur Verteilung gegeben hätte. Statt dessen hat das ganze Verfahren ohne unsere Kenntnis stattgefunden und hat man uns dann das Urteil der ersten Instanz (Bezirksvorstand) ins Haus gesetzt, ehe man überhaupt noch mittelte, daß man uns angeklagt hat.

M. Haas.

Zur Aushebung des Nürnberger Beschlusses gestalten wir uns noch einige Bemerkungen. In mehreren Versammlungen, in denen über den Parteitag berichtet wurde, ist die Unzufriedenheit mit der Aushebung dieses Beschlusses prägnant und besonders getadelt worden, daß Angestellte der Arbeiterbewegung sich geweigert hätten, den Tagesverdienst abzuweisen. Alle diese Kritik herzielen infolge die Sachlage falsch, als sie meinen, es handle sich dabei um in manche Opfer willigkeits der betreffenden Genossen. Tatsache ist aber, daß die, gegen die sich der Vorwurf richtet, wohl schon in der Arbeiterbewegung im großen und ganzen mehr Opfer gebracht haben als viele ihrer Adler, die ihre Opfer innerhalb der Declaracionen mit dem Munde zu bringen pflegten. Tatsache ist ferner, daß die Getadelten sich durch den Nürnberger Beschluß schämten, und wenn eine passive Ressitzen dagegen auch nicht richtig ist, so ist sie doch begreiflich. Und noch eins: wie ist es mit den Abrechnungen? Bisher haben wir nur von einigen Orten gehört, daß man den ernsthafte Versuch gemacht hat, eine genaue

Abrechnung darüber zusammenzustellen. Die Betroffenen haben aber doch wohl ein Recht darauf, zu erfahren, ob der Nürnberger Beschluß auch wirklich als gemaßen durchgesetzt wird oder ob „...“ nur bei der Sache der leidende Teil gewesen sind. Der überwiegende Mehrheit der Partei- und Gewerkschaftsangestellten kann man die Einkommen aus Löhnen und Pauschal nachrechnen und feststellen, ob sie ihre Pflicht erfüllt haben. Wie ist es aber mit den zahlreichen anderen Parteigenossen, die aus der Arbeiterbewegung Einkommen ziehen, zum Teil noch mehr als der Gehalt der Angestellten beträgt?

#### Gewerkschaftliches.

**Kontrollbruchstrafe.** Im Anschluß an den großen Bergarbeiterstreik im März dieses Jahres haben die Beiden den Streikenden mehrere Millionen Mark Kontrollbruchstrafe von dem Lohn vorenthalten. Da der rücksichtige Märklohn zur Deckung des Schadensfanges vielfach nicht ausreichte, zogen die Beiden den Lohn für die üblichen sechs Sätze zum Teil erst vom Aprillohn ab. Die Firma Hermann in Salzburg auf diese Weise einzigen Bergleuten vom Aprillohn 368,50 M. als Kontrollbruchstrafe. Wegen dieses Lohnabzuges sagten die betroffenen Bergarbeiter dann beim Berggewerbeamt in Dortmund.

Die Kläger beanspruchten, daß die Einbedeutung vom Aprillohn zu Unrecht erfolgt sei, sie hätten alle bei der Märklohn noch einen geringen Lohnrest zu fordern gehabt. Hinter habe die Beide Schadensfahndungen kürzen können. Die Beide sei aber nicht berechtigt gewesen, noch im April Schadensfahndungs aus dem Streik abzuhalten. Nach dem Streik sei ein neues Arbeitsverhältnis abgeschlossen worden. Auf den aus diesem resultierenden Lohn könne die Kontrollbruchstrafe aus dem alten Arbeitsverhältnis nicht mehr aufgerechnet werden. Das Berggewerbeamt, bei dem wenig arbeiterfreundliche Rechtsprechung bekannt ist, hat die Kläger mit der Klage abgewiesen. In dem Urteil blieb es in den entscheidenden Sätzen, die Beide sei durchaus berechtigt gewesen, somit ihre Schadensfahndung nicht voll erfüllt gewesen sei, diese vom Lohnrechte nach a. a. Wieder erneut der Artikel zu betreuen, ganz gleich, ob das alte Arbeitsverhältnis bestehen geblieben war oder ein neues geschaffen wurde, denn Gläubiger und Schuldner waren auch in dem neuen Arbeitsverhältnis dieelben geblieben.

Gegen dieses Urteil legten die Kläger Berufung beim Landgericht ein. Sie begründeten diese damit, daß die Ausfassung des Gewerbeberichts erstens gegen die Arbeitsordnung, zweitens gegen den Wortlaut des Gesetzes und drittens auch gegen den Willen und das Wesen des Gesetzes verstößt. Wenn das Urteil erster Kläger richtig wäre, dann könnte den Klägern der Schadensfahndungsprinzip auch dann abgezogen werden, wenn sie auf einer anderen Beide neu angelegt wären. Das wäre durch eine Abtreibung der Forderung durchaus denkbar. Nach Ansicht des Gewerbeberichts könnten die Schadensfahndungs aus dem Kontrollbruch höchstens aber sogar dann noch abgehalten werden, wenn die Kläger nach zehn Jahren erneut bei der bestagten Beide in Arbeit treten würden. Wenn die Beide die Abstetzung gehabt hätte, die jahrs Schichten nach Abschluß des neuen Arbeitsvertrages zu kürzen, dann wäre sie vorstelliger gewesen, den Klägern dies zu sagen. Wenn die Beide aber vorher heimlich erwogen habe, durch ihre wirtschaftliche Macht die Kläger zu drücken und den Lohnabzug später durchzumachen, so verstoße ein solches Vorhaben gegen Kreu und Glauben. Von dem neuen Lohn hätten auf alle Fälle nur solche Abstetzung gemacht werden dürfen, die Nebentretungen der Arbeitsordnung nach dem neuen Arbeitsvertrag bestrafen.

Das Landgericht folgte diesen Darlegungen. Das Urteil erster Instanz wurde aufgehoben und die Beide verurteilt, den Klägern 368,50 M. zurückzuzahlen.

#### Gelogen hat Gengler doch.

Das Organ des schwarzen Metallarbeiterverbandes steht in seiner Nr. 40 (Seite 260) ein Triumphaus über den Ausgang eines Prozesses aus, den der Bezirksleiter Gengler vom schwarzen Metallarbeiterverband gegen den Kollegen Ritter, Gauleiter des früheren Schmiedeverbandes, angestrengt hatte, weil dieser in einer Stuttgarter öffentlichen Schmiedeversammlung zu Gengler gesagt hatte: „Gengler, du bist ein Lügner; ich erkläre dich in öffentlicher Schmiedeversammlung für einen Lügner!“ Darauf habe Gengler den Kollegen Ritter vors Stuttgarter Schöffengericht zitiert. Dort stellte der Verhandlungsvorstand von vornherein fest, daß eine strafbare Handlung wegen formeller Beleidigung vorliegt und riet zu einem Vergleich in der Form, daß der beleidigte Ausdruck zurückgenommen wird und Gengler außerdem eine Buße von 10 M. bezahlt zwecks Verdampfung des Vergleiches. Ritter ging auf diesen Vergleich ein mit dem Bemerk: „Ich nehme wohl den be- beleidigenden Ausdruck zurück, bleibe aber dabei, gesogen hat Gengler doch.“

Mit der Sache hat es folgende Beweisnatur: Die Stuttgarter Schmiedegefechten standen vergangenen Sommer in einer Lohnbewegung. Mittan in der Bewegung erschienen die „Christlichen“, um ebenfalls mitzumachen. In einer öffentlichen Schmiedegefechtenversammlung am 26. Juli im Gewerkschaftshause erstattete die Gesellenkommission Bericht über die mit den Meistern gehabten Verhandlungen. Und nun ging das „Mittmach“ der Schwarzen los. Sie verlangten eine „christliche“ Vertretung in der Kommission. Als besonders trüglichen Grund führte Gengler an, der schwarze Metallarbeiterverband sei mit 26 Mann an der Bewegung beteiligt. Ein Blechleicht waren auch gegen 20 Schwarze um Gengler herum geblieben. Die Versammlung hegte jedoch Zweifel, ob diese Personen auch Schmiedegefechten seien, sie war vielmehr der Meinung, daß es sich hier um eine grobe Täuschung handele. Eine Resolution, die an der Zusammensetzung der Gesellenkommission leidet, wurde angenommen. Bei der Gegenprobe meldeten sich ganze vier Stimmen, die auf Seiten Genglers standen. Unbedingte Heiterkeit bemächtigte sich der Versammlung. „Wo sind denn die schwarzen Schmiedegefechten?“ wurde allenthalben gefragt, denn nach einer vor der Bewegung aufgenommenen Statistik wurden nur vier Mitglieder des schwarzen Metallarbeiterverbandes festgestellt. Sie seien nicht da, weil sie von dem Stuttgarter der Versammlung keine Kenntnis hätten, erwiderte Gengler, um damit die Heiterkeit der Versammlung noch mehr zu steigern; denn zur Versammlung waren die Schmiedegefechten sämtlicher Werkstätten mittels Laufzettel und Inschrift in der Tagwacht eingeladen. Auf die weitere Frage, was denn das für Beute wären, die Gengler als Zäbsmaterial mitgebracht habe, wurde verlegen geantwortet, es seien zwar keine Schmiedegefechten, aber Ritter Mitglieder des schwarzen Metallarbeiterverbandes! Da die Versammlung kein Verständnis für derartige christliche Randver zeigte, blieb Gengler nichts anderes übrig, als seine Erdoline aufzufordern, mit ihm das Volk zu verlassen. Gaukler Ritter bat nunmehr die vier christlich organisierten Schmiedegefechten, sie mögen doch dankelthen, um die Bewegung nicht zu zerreißen, und fügte hinzu: „Wenn es zum Streit kommen sollte, dann bekommt ihr Unterstützung vom Schmiedeverband.“ Als Gengler daraus die probezerrende und wahrschlagsfähige Bemerkung machte: „Sie im Schmiedeverband kennt doch für andere keine Streitunterhaltung bezüglich, ich sei ja dankbar, deshalb muß der Schmiedeverband zum Metallarbeiter-Verband übertragen“, war es aus mit der Geduld der Versammlung. Und daraufhin fiel die Ausrufung: „Gengler, du bist ein Lügner, ich erkläre dich in öffentlicher Schmiedeversammlung für einen Lügner!“

Damit vergleiche man die Darstellung im Zentrums-Metallarbeiterblatt und besonders die darin enthaltene folgende Bemerkung: „Auch dieser Fall bestätigt wieder die alte Erfahrung: Vor den Massen retten die Genossen den Mund möglichst weit auf, um den Gegner zu verleumden und herunterzuziehen. Sollen sie aber vor Gericht für ihre Verleumdungen den Wahrheitsbeweis antreten, dann klappen sie die Zähne läufig fest aufeinander.“

Es bleibt schon dabei: Gengler hat gelogen und das schwarze Metallarbeiterblatt liegt mit ihm in Kompanie.

#### Zentrumschristliche Neutralität.

Im „christlichen“ Metallarbeiterverband herrschen Heulen und Jalousien, trotz der „glänzend verlaufenen“ Generalversammlung in Dortmund. Trotz einer Geschäftslage, die nach allgemeiner Erfahrung für die Gewinnung neuer Gewerkschaftsmitglieder günstig ist, reichen aus dem schwarzen Metallarbeiterverband mehr Mitglieder aus, als seine Agitatoren mit aller Pfiffigkeit hineinbringen können. Es werden daher seit etlichen Wochen die transversalen Gemüthungen gemacht, um die Herste zu decken. Das sieht man auch am Organ dieses Verbandes. Marktschreiterische Metallarbeiter wechseln ab mit den wütigsten Beleidigungen unseres Verbandes. Unsere Kollegen werden diese zum weitans größten Teil schon wiederholte widerlegten Entschuldungen mit verständnisvoller Gelassenheit aufgenommen haben. Das Schönste ist nun aber, daß das Zentrums-Metallarbeiterblatt in seiner Nr. 41 sich an der Stuttgarter und der Würzburger Ortsverwaltung unseres Verbandes zu retten versucht und bei dieser Gelegenheit von dem „in jeder Beziehung wirklich neutralen“ schwarzen Metallarbeiterverband schwärt. Wie es mit der „Neutralität“ christlicher Gewerkschaften ansteht, davon erlauben wir uns ein paar Beugnisse herabzuladen von solcher Art, daß selbst die Harten „christlichen“ nicht umhin können, sie zu respektieren.

Der 1896 gegründete Christlich-soziale Legitizitätsverein für Aachen-Burtscheid und Umgebung zählt ultramontane Redakteure zu seinen Ehren- und Auschusssmitgliedern und in den Statuten steht:

„Der Verein steht auf christlich gläubigem und monarchischem Boden und verfolgt im Sinne der Zentrumsparität auf der Grundlage des Rechts und der Gesetze soziale Zwecke zur Förderung der Lage und der günstigen, moralischen und materiellen Interessen der christlichen Legitarbeiter von Aachen, Burtscheid und Umgebung.“

1899 sagte Dr. Julius Sachem, der politische Leiter der ultramontanen Aachener Volkszeitung, in der Generalversammlung des Augustinusvereins folgendes:

„Für die Zentrumsparität ist es meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation den Sozialdemokraten gleichzutun. Die Bewegung ist unaufhaltsam, sie wird sich vollziehen mit uns aber ohne uns gegen uns. Über diejenigen, die bestreiten zu können glauben, geht die Entwicklung hinweg. Wir wollen und müssen dabei fein.“

„Wenn nicht ein Mehreres geschieht, dann wird die politische Stellung der Zentrumsparität dadurch momentan in den großen Städten auf die Dauer sehr schwierig werden.“

Am 30. September 1904 schrieb die Aachener Volkszeitung in einem Artikel über die Erfolge der Sozialdemokratie im Ruhrbezirk:

„Wenn wir der sozialdemokratischen Kluft einen Damm entgegensetzen wollen, dann müssen wir vor allen Dingen auch zur Erhöhung der christlichen Gewerkschaften beitragen. Am Oktober 1905 los man im Volksfreund, dem Aachener Zentrumsblatt:

„Die christlichen Gewerkschaften haben bisher in Aachen und Umgegend sozusagen den einzigen Damm gegen die Sozialdemokratie.“

Amfang April 1906 brachte die ultramontane Saarpost einen Artikel über den Fortschritt der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet, worin es steht:

„Wir erblicken in den christlichen Gewerkschaften eine Mauer, durch welche das Saarrevier hinauf geht, der Sozialdemokratie anheim zu fallen.“

Auf dem Sozialen Kursus in Ravensburg im Mai 1906 sagte Dr. Rieger, der Generaldirektor des Volksvereins für das lutherische Deutschland:

„Droht Gefahr, daß sie an einem Orte oftig agtierenden Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter ihrem Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Christliche als Seelsorger verpflichtet, durch eigenes Eingreifen die katholischen Arbeiter durch Zusammen schluss in einer christlichen Gewerkschaft vor der sozialdemokratischen Gefahr zu retten.“

1906 waren ferner unser Kollege Gemoll und der Sekretär Hirtkieser vom „christlichen“ Metallarbeiterverband angestellt, weil sie eine Verhaftbesprechung nicht angemeldet hatten. Das Essener Schlossgericht sagte damals bei der Urteilsbegründung wörtlich:

„Die beiden Angeklagten gehörten nicht zu den Arbeitern der Fabrik, dagegen sind sie ihrem Beruf nach Seelträger der betreffenden Verbände, die einen rein privatrechtlichen Charakter haben, sondern von denen der Metallarbeiter-Verband von sozialdemokratischen, der christlichen Verband von Zentrums-, also beide von politischen Einflüssen beeinflußt werden.“

Die schon vorher und auch noch später gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband wiederholte erhobene Behauptung, er sei sozialdemokratisch, haben wir schon oft ins rechte Licht gerückt, so daß wir bei dieser Gelegenheit keine Worte mehr darüber zu verlieren brauchen.

Am vorjährigen Jahre wurde von einer Neuerung berichtet, die der Zentrums abgelehnte und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn in Bonn getan hat und die folgendem lautet:

Geschehend durch die vom Block in den Wahlkampf des Jahres 1907 eingetragene reelle Erregung in der Wahl ihrer Reichstagssitzes, sind die Sozialdemokraten bei den Nachwahlen von Sieg zu Sieg geschritten. Dabei stützt sich die politische Partei auf die gewerkschaftliche Organisation, die 1991: 277 000, 1909: 1 852 000 Mitglieder umfaßt mit einem Reservekapital von 44 Millionen Mark. Ihren Räuberhöfen haben beide in unseren industriellen

